

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund  
Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Strabe 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 50

Berlin, den 14. Dezember 1929

4. Jahrgang

## Großkämpfe um Staat und Wirtschaft.

Unternehmer- und Bürgertum beginnen wieder einmal eine großangelegte Offensive, um den Staat und die Wirtschaft zu „retten“, mit anderen Worten: Um verlorengegangene Positionen wiederzugewinnen. Die Parole in diesem Kampf heißt: Kapitalbildung und Machterweiterung sowie Zurückdrängen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei.

Alle verfügbaren Kräfte werden mobilisiert. Die Presse steht in vorderster Reihe in diesem Ringen, aber auch die Hilstruppen sind schon äußerst regsam. Demokratische Blätter und Volkswirte mühen sich, wie beim Kampf um die Arbeitslosenversicherung, die Ersten sein. Die schwindende Demokratische Partei bildet sich eben ein, die Führung zu haben, um etwas zu scheitern. Die anderen folgten. Die Nationalsozialisten bewähren sich neben dem Stahlhelm, den Werkzeuereinern und sonstigen Kapitalknechten wieder als Helfershelfer, und die gesamte bürgerliche Presse und die bürgerlichen Parteien stehen rührig mitheißend in der Front, in die sich sogar der Reichsbaupräsident Dr. Schacht einreichte. Dieser schloß gerade noch. Hoffentlich weiß ihn die Reichsregierung gehörig in die Schranken. Daß bei einem so gewaltigen Trommelfeuere auf die Arbeiterschaft und besonders auf deren organisierten Teil, die Kommunisten nicht fehlen, zeigte bereits der parteikommunistische Gewerkschaftskongress, auf dem ja die Schlachtenpläne zur Bekämpfung der Gewerkschaften entworfen wurden. Es wird ein Großkampf werden.

Die organisierte Arbeiterschaft, vor allem die Gewerkschaften, können sich also im kommenden Winter auf etwas gefaßt machen. Denn neben dem geistigen Ringen werden noch wirtschaftliche Schwierigkeiten direkt herbeigeführt, um die Arbeiterschaft müde, gleichgültig, stumpf, willens- und kampfesig zu machen. Als Anzeichen hierzu sind ja bereits trotz gleichbleibender Wirtschaftslage die hohen Arbeitslosenziffern erkennbar.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat bereits ein klares, umfassendes Kampfprogramm der Öffentlichkeit übermitteln, er ließ eine Denkschrift und „Leitsätze zur Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik“ entwerfen. Darin ist mit größter Deutlichkeit ausgedrückt, auf welche Art die Industriellen der Wirtschaft und dem Staat am Scheidewege beizutreten wollen. Die Art weicht in ihrer Wirkung nicht viel von der der alten Raubritter ab, die Rettung gilt weniger dem Staat und der Wirtschaft als sich selbst.

Am Ende der Leitsätze des Reichsverbandes der deutschen Industrie steht: „Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist unter den für die deutsche Wirtschaft gegebenen Umständen die Förderung der Kapitalbildung.“

Uns dünkt, die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hat andere dringlichere Aufgaben. Wir können nicht einsehen, daß das Treiben von Wirtschaftspolitik in erster Linie der Kapitalbildung zugute kommen muß; denn die Wirtschaftspolitik hat größere, wichtigere Menschheitsaufgaben der Erfüllung näherzubringen. Die Menschen haben im Vordergrund einer gesunden Wirtschaftspolitik zu stehen und nicht der Mammon. Auch die staatliche Finanzpolitik darf den Menschen nicht misgönnen; denn letzten Endes ist es der Mensch, und zwar der arbeitende Mensch, aus dessen Gehirn und Körper erst der erhoffte „Segen“ sprudeln muß, der zur Kapitalbildung führen kann.

Die Sozialpolitik wird ja gerade zu dem Zweck ausgedacht, um den Menschen zu schützen, und da soll sie auf einmal als Hauptaufgabe die Kapitalbildung zum Ziele haben. Das ist eine sonderliche Auffassung der Industriellen, wenn sie der Sozialpolitik ein zweckwidriges Ziel setzen. Der blinde Eifer trübte ihnen den Blick für notwendige Dinge, sonst wäre es kaum denkbar, die Leitsätze in dieser Form der Öffentlichkeit zu übergeben.

Die Industriellen sind nicht kleinlich beim Stellen ihrer Forderungen, sie gehen auf Ganze, aber einen fortschrittlichen, zeitgemäßen, brauchbaren Gedanken sucht man vergebens in dem Programm. Sie wollen: Beschränkung der öffentlichen Hand in der Wirtschaft, Wegfall der Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen, Anerkennung der Kartelle als Organisationsmittel der heutigen Wirtschaftserziehung. Ihr Sinn und Trachten geht also danach, Gewesenes wieder zu ihrem Gunsten herbeizuführen. Sie wollen das vorwiegend gelassene Rad der Zeit wieder zurückdrehen, was doch gar nicht möglich ist. Sucht nach dem Geld mag da etwas vernünftig gewirkt haben, sie trug sogar dazu bei, daß das schöne Bibelwort: „Geben ist seliger als Nehmen“ von den christlich gesinnten Industriellen arg mißachtet worden ist.

Die Sozialpolitik hat es dem Reichsverband der Industriellen auch wieder angetan. Die bisherigen Grundlagen der Sozialversicherungsgesetze sollen wohl bleiben, aber die Aufgaben müßten der Leistungsfähigkeit angepaßt werden. Nur die wirklich Schutzbedürftigen und Notleidenden sollen etwas erhalten. Sonach sind die zahlenden Mitglieder der Sozialversicherung nicht alle schutzbedürftig und notleidend, wenn sie krank, invalide, arbeitsunfähig oder arbeitslos werden. Die Schutzbedürftigen und Notleidenden bekommen doch ohnehin nur Unterstützung, deshalb muß man annehmen, daß die Industriellen mit

ber Sozialpolitik weit mehr Verschlechterungen vorhaben, als sie zugeben.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz soll sofort nach den Wünschen der Industriellen umgestaltet werden, damit ohne Beitragserhöhung und ohne Staatszuschuß das Gleichgewicht hergestellt wird. Fast täglich fliegen Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße und werden vielleicht für dauernd arbeitslos, täglich werden welche aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert. Was soll mit den Menschen geschehen? Diese Frage möchten wir an den Reichsverband stellen; denn seine Mitglieder führen ja die Zustände — manche sogar mit Absicht — herbei. Warum lehnen sie denn die Verantwortung für die Folgen ihrer Maßnahmen ab? Liegt in dieser Forderung nicht eine große Unmenschlichkeit, die meisten Opfer seiner Wirtschaftsführung einfach in die Wüste zu schicken? Wir wissen, daß in solchen Punkten das Unternehmertum keine Gewissensbisse kennt, aber die Arbeiterschaft soll daraus lernen, was die Industriellen mit ihnen vorhaben, wenn sie übrig geworden sind. Die Unternehmerforderung würde und müßte zu einer Beseitigung besonders der Arbeitslosenversicherung führen. Das dürfen sich die Arbeitnehmer in keiner Weise gefallen lassen.

Schlichtungsordnung und Zwangslohnsysteme sollen wieder einmal fallen. Die Herren der Industrie wollen ihre Freiheit in dieser Beziehung. Arbeiter und Arbeiterinnen, merkt ihr etwas?

Auch in der Finanz- und Steuerpolitik haben die Industriellen nur alte Forderungen ausgegraben. Sie verlangen höhere indirekte Steuern und niedrigere direkte, damit besonders die Reichen und Besitzenden geschont werden. Alle aufgestellten Steuer- und Finanzforderungen zielen auf Schonung der Geldleute hin. Den Armen sollen möglichst alle Staatslasten aufgebürdet werden, so wollen es die Industriellen. Wörtlich steht in den Leitsätzen: „Herabsetzung der Einkommensteuer durch Senkung des Tarifs, vor allem der mittleren und höheren Stufen“, „Abbau und gänzliche Beseitigung der Hauszinssteuer“, „Herabsetzung fast aller Steuern, die Besitzende treffen“, dagegen „stärkere Anspannung der indirekten Steuern, insbesondere der Verbrauchssteuern, Erhebung eines Verwaltungsbeitrages, allgemeine Mietssteuer“ und noch vieles anderes.

Das außerordentlich reichhaltige Programm würde, wenn es zur Verwirklichung käme, nicht nur die Reichen stark ent- und die Armen schwer belasten, sondern es würde zu großen innerdeutschen Kämpfen führen, die das Vertrauen des Auslandes zur deutschen Wirtschaft und zum deutschen Volk völlig erschüttern würden. Die ruindösen Folgen wären unübersehbar.

Fast möchte man meinen, Eugen Berg sei bei der Aufstellung der Richtlinien mit tätig gewesen; denn alle Erfahrungen der neueren Zeit ließen die Industriellen unbeachtet. Es ist doch ein kundiger Amerikaner gewesen, der bereits einmal öffentlich feststellte, daß die deutschen Reichen im Verhältnis zu anderen Staaten zu wenig Steuern bezahlen, und jetzt gehen die Industriellen her und stellen derartige Forderungen. Was mögen da ihre Kollegen in den anderen Ländern wohl für eine Meinung von den Deutschen bekommen? Eine hohe und gute sicher nicht.

Der Reichsverband der deutschen Industrie gehört in Deutschland zu den Organisationen, deren Mitglieder wesentliche Zweige der deutschen Wirtschaft geführt haben; diese Führung ist, das wird in der Denkschrift nachgewiesen, der deutschen Wirtschaft sehr schlecht bekommen. Zu den Folgen dieser Führung gehören mit: der Weltkrieg, die Inflation, die Reichs- und Länderverpflichtung, die Auslandsverschuldung, die Arbeitslosigkeit, die Nationalisierung mit ihren Auswirkungen, die hohe Sozialbelastung, die Steuern und die teilweise Beseitigung der Individualwirtschaft. Das deutsche Volk wäre ja töricht, wenn es diesen „glorreichen“ Führern der deutschen Wirtschaft auf dem vorgeschlagenen Wege des schlimmsten Rückschritts folgen würde. Wenn schon diese Führung dem deutschen Volk soviel Unheil brachte, muß es einsehen lernen, daß es von diesen Wirtschaftsführern nichts Gutes mehr erwarten kann, und zwar am wenigsten von der wirtschaftlichen Eigenbarikur, die in den Leitsätzen zur Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik vorgeschlagen wird.

Arbeiter und Arbeiterinnen, das Schuldkonto des Reichsverbandes ist hoch genug, sorgt dafür, daß auf eure Kosten nicht eine Erweiterung der Wirtschaftsmacht des Unternehmertums vor sich geht, seid euch bewußt, daß ihr nur mit dem Rückhalt der freien Gewerkschaften alle Angriffe des Unternehmertums und ihrer Helfershelfer abschlagen könnt, wenn ihr die Gewerkschaften stark macht. Sorgt vor allem dafür, daß alle Klassen- und -genossinnen zu ihrer Sache stehen und nicht im Lager der Gegenseite. So gut wie die Unternehmer und das Bürgertum ihre nackten Geldbeutelinteressen vertreten, muß die Arbeiterschaft für ihre Menschenrechte und für eine Wirtschaft, die den Bedarf der Menschen befriedigt, eintreten und stolz ihre Klasseninteressen wahrnehmen. Es darf dem arbeitenden Volk keine Belastung mehr aufgebürdet werden, es trägt schon so genug. Die Besitzenden sind dran, ihre gemachten Sünden selbst zu büßen. Sie dürfen keine Erleichterungen bekommen, auf keinen Fall auf Kosten der Beschäftigten. Dagegen muß sich jeder gerechtfertigende Mensch wehren.

In diesem Großkampf darf es für Arbeiter nur geben: Dort Unternehmer und Bürgertum, hier Arbeiterklasse!

## Industriearbeiter und Lage der Landwirtschaft.

Immer mehr ist Deutschland im Laufe der letzten fünfzig Jahre vom vorwiegenden Agrarstaat zum Industrie-Agrarstaat geworden. Der Bevölkerungszuwachs des letzten halben Jahrhunderts hat lediglich zu einer Zunahme der städtischen Bevölkerung geführt. Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat sich sogar etwas vermindert. In der Gegenwart entfallen zirka 65 Proz. der Gesamtbevölkerung auf die Städte, 35 Proz. auf das Land; aber nicht die ganze Landbevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig. Nur 33 Proz. der Bevölkerung gehört zur Landwirtschaft selbst. Von den Erwerbstätigen sind sogar nur 23 Proz. in der Landwirtschaft beschäftigt.

Das Schwergewicht der volkswirtschaftlichen Produktion hat sich immer mehr auf Industrie und Gewerbe verlagert. Heute liegen die Dinge so, daß nur noch rund 20 Proz. der volkswirtschaftlichen Produktion auf die Landwirtschaft, 80 Proz. dagegen auf die übrige Wirtschaft entfallen. Es ist kein Wunder, daß angesichts dieser Entwicklung der Industriearbeiter sehr leicht zu der Meinung kommt, daß die Landwirtschaft in der Volkswirtschaft keine nennenswerte Rolle spielt, und daß daher die Agrarpolitik innerhalb der gesamten Wirtschaftspolitik von absolut untergeordneter Bedeutung ist. Gewiß ist diese Auffassung insofern richtig, als die Agrarpolitik bei fortschreitender Industrialisierung an Bedeutung hinter der übrigen Wirtschaftspolitik zurückbleibt. Aus zwei Gründen muß sich aber heute die Arbeiterschaft mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigen, einmal, weil die Landwirtschaft den größten Teil der für die Arbeiterschaft notwendigen Nahrungsmittel produziert, ferner aber auch, weil sie trotz ihrer verminderten Bedeutung ein nicht zu unterschätzender Abnehmer von industriellen Erzeugnissen ist, weil also ihre Lage nicht ohne Rückwirkung auf Arbeitslosigkeit und Lohnentwicklung der Industriearbeiterschaft bleibt. Es ist für den Industriearbeiter notwendig, landwirtschaftliche Wirtschaftszusammenhänge kennenzulernen, dies insbesondere, da die Arbeiterbewegung in immer stärkerem Maße in der Regierungsarbeit und im Parlament zu landwirtschaftlichen Fragen Stellung nehmen muß.

Soweit die Arbeiterschaft an der Landwirtschaft als Produzent von Nahrungsmitteln interessiert ist, ist das Agrarproblem für sie in erster Linie eine Magenfrage. Sie hat das größte Interesse daran, daß die Landwirtschaft in der Lage ist, den Nahrungsmittelbedarf der städtischen Bevölkerung in ausreichender Menge, guter Qualität und vor allem auch billig zu befriedigen. Die Arbeiterschaft muß sich daher, wenn sie für eine Agrarpolitik, die diese Forderungen erfüllt, eintreten will,

insoweit über die Produktionsmöglichkeiten, als auch über die verschiedensten Fragen des landwirtschaftlichen Abzweckens klar sein.

Wenn die Arbeiterschaft an einer guten, ausreichenden und billigen landwirtschaftlichen Produktion interessiert ist, so darf allerdings hieraus nicht geschlossen werden, daß sie unbedingt die allerbilligsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse fordern will. Eine vernünftige landwirtschaftliche Preispolitik muß zwar beruhen, jede unnütze und die Verbraucherinteressen schwer schädigende Ueberhöhung der landwirtschaftlichen Produktpreise zu verhüten, andererseits muß sie der Landwirtschaft Preise, die die Produktionskosten wirklich gut, fortwährend und rationell wirtschaftender Betriebe decken, zuerkennen. Es wäre kurzschichtig von der Verbraucherseite, wenn sie verlangen würde, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse so niedrig gehalten werden, daß auch dem tüchtigen Landwirt die Produktion hierdurch unumwollt gemacht wird. Rückständige Produktionsweisen, wie wir sie noch sehr weit in der Landwirtschaft verbreitet finden, durch hohe Fülle und Preise zu erhalten, muß die Verbraucherseite jedoch schon ablehnen.

Nun werden in der Öffentlichkeit von der Landwirtschaft Jahr für Jahr neue und auf den Laien oft recht wirkungsvolle Nachfragen über die schlechte Lage der Landwirtschaft erhoben, um im Anschluß daran eine wesentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Preise zur Sanierung der Landwirtschaft zu fordern. Es ist daher notwendig, sich bevor Preisfragen im einzelnen behandelt werden, einmal die Lage der deutschen Landwirtschaft klar vor Augen zu stellen.

Nachfrage über die schlechte Lage der Landwirtschaft hat es zwar zu jeder Zeit gegeben, auch in den allerbesten und für die Landwirtschaft günstigsten Vertriebsjahren. Trotzdem war die Lage der Landwirtschaft vor dem Kriege sehr günstig. Im Kriege nun war die landwirtschaftliche Produktion infolge der Zwangswirtschaft, der Einziehung der besten männlichen Arbeitskräfte zum Heeresdienst, Requirierung der Pferde, fehlender Möglichkeiten, Produktionsmittel zuzukaufen usw. stark gekürzt. Die Produktion sank wesentlich unter den Vorkriegsstand. Außerdem wurde auf dem Acker und am Vieh Raubbau getrieben, so daß die Produktion auch in den ersten Nachkriegsjahren, nachdem Arbeitskräfte und Pferde wieder in genügender Anzahl vorhanden waren, den Vorkriegsstand nicht erreichen konnte.

Zur Abheilung der durch den Krieg entstandenen Schäden in der Produktionskraft der Landwirtschaft haben allerdings die Inflationsjahre, in denen die Zwangswirtschaft bereits weit-



gehend, später sogar völlig abgebaut war, eine ausgezeichnete Gelegenheit gegeben. Nicht nur war die Landwirtschaft während der Kriegsjahre von Steuern und Zinszahlungen für die vor dem Kriege auf rund 14 bis 16 Milliarden Mark zu schätzende Verschuldung völlig befreit, sondern das Verhältnis der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und landwirtschaftliche Erzeugungsmittel war lange Zeit sehr günstig, da die Erzeugnissepreise den Erzeugungsmittelpreisen weit vorausliefen. In sehr unterschiedlichem Maße hat die Landwirtschaft nun von dieser glänzenden Gelegenheit, ihren Betrieb wieder aufzubauen, Gebrauch gemacht. Einzelne Betriebe haben nicht nur ihre Gebäude reaktiviert, erweitert, Feldverbesserungen vorgenommen und ihren Viehstapel verbessert, sondern auch Maschinen, Geräte und Kunstdünger in Vorrat für Jahre gekauft. Andere dagegen, die den Sinn der Inflation nicht rechtzeitig erkannt hatten, die trotz günstiger Preisverhältnisse für die Landwirtschaft in der Inflation eine unentgeltliche Teuerung sahen, haben diese Möglichkeiten nicht oder nur wenig ausgenutzt. Da die der Inflation folgende Zeit der Stabilisierung für die Landwirtschaft in der Anfangszeit recht ungünstige Verhältnisse brachte, war es für die spätere Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe sehr wichtig, ob sie diese Inflationsmöglichkeiten ausgenutzt hatten, d. h. ob sie in gutem Produktionszustand in die Zeit der stabilisierten Währung eingetreten sind oder nicht. Diejenigen Landwirte, die ihre Betriebe in der Inflation ausgebaut und verbessert haben, konnten die folgenden Jahre mit teilweise ungünstigen Preisverhältnissen und stärkerer Heranziehung der Landwirtschaft zu Steuerleistungen (gegenüber der Vorkriegszeit, wo die Steuerleistungen der Landwirtschaft außerordentlich gering waren, hat sich die Steuerleistung auf 200-300 Proz. gesteigert; im Verhältnis zu anderen Berufsständen und Wirtschaftszweigen hat heute noch die Landwirtschaft ein ausgesprochenes Steuerprivileg leichter übersehen als andere Landwirte, deren Betriebe noch nicht wieder aufgebaut waren. Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten wurden damals auf gewissenlose Anforderung des Landbundes in die Landwirtschaft enorme Kredite hineingepumpt. Die Verschuldung für viele Landwirte, insbesondere für Großlandwirte, eine Umstellung auf die neuen Wirtschaftsverhältnisse hinauszuschieben und unter Aufnahme von Krediten Inflationswirtschaftsmethoden beizubehalten, war daher groß. Wir sehen einen Teil der Landwirtschaft, und zwar insbesondere Großbetriebe, sich in wenigen Jahren außerordentlich stark verschulden, so stark, daß auch eine später erfolgte Umstellung viele dieser überschuldeten Betriebe vor einem Zusammenbruch nicht bewahren kann. Die großen Kredite, die der übrigen Wirtschaft zugunsten der Landwirtschaft entzogen wurden, haben sich als Gift für viele Landwirte erwiesen. Insofern hat die Neuverschuldung der Landwirtschaft seit der Inflation einen Betrag von rund 8 Milliarden Reichsmark erreicht, wovon sicherlich 3-4 Milliarden Reichsmark lediglich zur Verlustdeckung infolge nicht genügend schnell erfolgter Umstellung verwendet wurden.

Die Mehrzahl der Landwirte, und zwar insbesondere die Bauern, haben sich ängstlich gehalten, nach der Inflation durch Aufnahme übermäßig großer, oft sogar überhaupt jeder Schulden, ihren Betrieb im Gleichgewicht zu halten. Sie haben ihre Betriebe entweder umgestellt oder, was für viele Bauern zutrifft, sie haben ihre Lebensansprüche auf das Nötigste eingeschränkt, so daß sie auch bei mangelhafter Rationalisierung ohne übermäßig große Schuldenaufnahme bestehen bleiben konnten.

Die Lage der Landwirtschaft ist also heute die, daß ein kleiner Teil, und zwar insbesondere mittelgroße Großbetriebe, immer mehr dem Zusammenbruch entgegenrücken. Keineswegs sind aber alle Großbetriebe oder auch nur alle Betriebe des immer besonders als Notstandsgebiet bezeichneten Ostpreußen hoch oder gar übermäßig verschuldet. Auch in den ostpreussischen Gebieten ist die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe gering oder zum mindesten nur in erträglichem Umfang verschuldet. Der ganz überwiegende Teil der deutschen Landwirtschaft, und zwar insbesondere die bäuerlichen Betriebe, sind dagegen durch hohe Verschuldung oder Neverschuldung keineswegs in ihrer Existenz gefährdet. Die stark überschuldeten Betriebe (vielleicht bis zu 30 Proz. des Gesamtbestandes) können durch feinerliche Maßnahmen der Agrarpolitik, also durch keine noch so weitgehende Preishebung und ebensowenig durch Rationalisierung des Betriebes, also durch Selbsthilfe, vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Dieser durch die Stabilisierung entstandene Krankheitsherd kann nur durch Wechsel, d. h. durch Abschreibung eines großen Teils der in diese Betriebe hineingesteckten Kredite geheilt werden.

Dem übrigen viel größeren Teil der Landwirtschaft, der nicht durch Neverschuldung gefährdet ist, der weniger infolge teilweise nicht günstiger Preisverhältnisse, als viel mehr infolge mangelhafter Rationalisierung sich nicht in glänzenden Verhältnissen befindet, sein Teil besonders tüchtiger Landwirte hat es allerdings verstanden, trotz schwieriger Verhältnisse glänzende Gewinne aus ihrem Betrieb zu ziehen, die Umstellung auf die neuen Verhältnisse hat hier zu vollem Erfolg geführt, kann nur durch vernünftige Agrarpolitik, durch Maßnahmen zur Stabilisierung der stark schwankenden Produktpreise, die sowohl dem Verbraucher als dem Erzeuger nutzt, ferner durch Ausschöpfung der enormen in der Landwirtschaft liegenden Rationalisierungserwartungen, die in einem weiteren Artikel behandelt werden, gehoben werden.

Hans Wilbrandt.

### Richtlinien über einheitliche Übertrettsbestimmungen.

In der Bundesauschussbesitzung am 26. November 1929 behandelte der Ausschuss die Richtlinien über einheitliche Übertrettsbestimmungen nach dem Ergebnis der Umfrage bei den Landesverbänden. Dieses Thema ist so wertvoll für alle Verbandstätigkeiten, daß wir es zur allgemeinen Beachtung empfehlen.

Schlusssatz führte dazu aus:  
Die Kommission für Verwaltungsreform hat noch einmal von den eingegangenen Vorschlägen und Änderungsanträgen Stellung genommen. Den vorgelegten Richtlinien stimmte die Mehrzahl der Verbände bis auf den Punkt 5, der den Uebertrettsbestimmungen zu den Verbänden mit Invalidenunterstützung zugeht, zu. Die Kommission hatte sich bemüht, eine allgemeine Normierung zu finden, durch die auch die Interessen derjenigen Mitglieder gewahrt werden sollten, die auf Grund des § 9 der Bundesgesetzgebung geltend machen, bei Verzicht auf einen Verband ohne Invalidenunterstützung auszutreten und in einen Verband überzutreten, der die Invalidenunterstützung eingeführt hat. Nach längerer Beratung ist der Uebertrettsbestimmungen mit Rücksicht auf die Invalidenunterstützung in einem solchen Verband ohne Invalidenunterstützung übertritten soll. Es haben sich der vorliegenden Uebertrettsbestimmungen die Invalidenunterstützung eingeführt bzw. beschlossen: 25 Verbände mit 3903 449 Mitgliedern, dagegen haben vier Verbände mit 401 247 Mitgliedern, die diesen Unterstützungszweig nicht einführen können oder wollen. Außerdem bezieht in vier Verbänden mit 635 21 Mitgliedern die Uebertrettsbestimmungen die Invalidenunterstützung der Invalidenunterstützung den kommenden Verbandstage zu ratifizieren. Am Jahre 1930 beginnen 12 weitere Verbände mit 2 491 150 Mitgliedern mit der Regelung der Invalidenunterstützung. Insofern unterstützen dann 25 Verbände mit 39 Millionen Mitgliedern ihre invaliden Mitglieder. Die Leistungen der Einzelverbände sind allerdings überaus unterschiedlich und schwanken je nach der Zahl der geleisteten Wochenbeiträge und der Höhe der Zusatzbeiträge für die Invalidenunterstützung zwischen 4 und 72 RM monatlicher Unter-

## 25 Jahre im Dienste des Verbandes.

Bevor das Jahr 1929 zu Ende geht, treten noch einmal zwei Kollegen unseres Verbandes in die Reihe der Jubilare, die seit 25 Jahren in unserem Verband hauptsächlich angestellt sind. Da ist zuerst der Redakteur unserer Verbandszeitung, „Der Proletarier“, Sebastian Prüll. Sein Lebensweg ist der typische Werdegang eines Arbeiters, der durch die eigenen harten Lebenserfahrungen, durch eigenes Denken und durch eigenes Beobachten zum Sozialismus und zur Gewerkschaftsbewegung kommt. Prüll wurde am 14. Januar 1874 als Sohn eines Fabrikarbeiters in Burglengenfeld in Bayern geboren. Früh verwaist, ging er schon mit 17 Jahren auf die Wanderschaft und arbeitete als Tagelöhner in den verschiedensten Berufen. Die bitteren Erfahrungen des Lebens „auf der Walze“, verbunden mit einem scharf ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühl, haben nicht wenig dazu beigetragen, den jungen Prüll zum Sozialismus zu führen. Im Jahre 1894 wurde er Mitglied unseres damals



noch jungen Verbandes und fand bald Gelegenheit, sich eifrig am Verbandsleben zu beteiligen. Er war von 1897-1898 Schriftführer der Zahlstelle Effenbach a. M., von 1899-1900 Kartellbeauftragter und 1900-1902 Delegierter zur Saalbau-Gesellschaft in Effenbach a. M. Aber schon damals erschöpfte sich seine Tätigkeit nicht allein in der Gewerkschaftsarbeit. Prüll war im Jahre 1896 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden, und steckte bald auch in der politischen Arbeit. So war er 1903 im Vorstand des Wahlvereins Effenbach a. M. Als im Jahre 1904 die Anstellung von hauptamtlichen Gauleitern in unserem Verband geschaffen wurde, wählte man Sebastian Prüll zum Gauleiter in Ludwigshafen a. Rh. Als Gauleiter hat er an dem Aufbau unseres Verbandes einen hervorragenden Anteil. Schrift- und redigierend mußte er stets mit Nachdruck und erfolgreich die Interessen der Arbeiterschaft und der Organisation zu vertreten. Das war damals und gerade in Ludwigshafen oft nicht leicht, und es beburfte der ganzen Energie des Bayern Prüll und des ganzen unerischütterlichen Idealismus des Gewerkschafters Prüll, um die Organisation im Gau Ludwigshafen zu den Erfolgen zu führen und sie so auszubauen, daß sie ein starkes Bollwerk gegen die auch in jener Gegend nicht schwächern und nachgiebigen Unternehmer wurde. Als im Frühjahr 1911 beim Hauptvorstand das literarisch-statistische Büro eingerichtet wurde, trat Prüll in diese Abteilung ein, und wurde am 12. April 1918 der Nachfolger des noch heute unvergessenen Redakteurs Heinrich Schreiber, der dem Verband durch einen Unglücksfall plötzlich entziffen wurde. Wenn heute „Der Proletarier“ eine der besten Gewerkschaftszeitungen ist, so dankt der Fabrikarbeiterverband das nicht zum wenigsten der unermüdbaren, zielbewußten Arbeit des Kollegen Prüll. Sein umfassendes Wissen auf gewerkschaftlichem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet, sein unbestechliches Gefühl für Recht und Wahrheit, seine heiße Liebe zur Arbeiterbewegung machten ihn zu dem Kopf des Redakteurs geradezu vorbereitet. Das Bild des Kollegen Prüll wäre aber nicht vollständig, wenn wir vergessen würden, seine Kollegialität und hilfsbereite, gütige Menschlichkeit zu erwähnen, die schon sehr viele Wehränge erfahren haben. Persönliche Feinde dürfte der Kollege Prüll kaum haben, außer jenen Leuten, die er als Schädlinge der Arbeiterbewegung erkannt hat, und die er darum unerbittlich bekämpft.

Die Tätigkeit Prülls als Lehrer an unserer Schule in Wernigsen hat ihn auch mit der jüngeren Generation unserer Mitglieder in nähere Verbindung gebracht, die aus seinem umfassenden Wissen und reichen volkswirtschaftlichen Kenntnissen Belehrung und Anregung empfanden, so daß er auch auf diese Weise zum geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse hervorragend beiträgt.

Selbstverständlich ist der Kollege Prüll auch im politischen Leben Hanovers nicht unbemerkt und untätig geblieben. Von 1922-1924 war er Vorsitzender der SPD. Hanovers.

Sebastian Prüll hat sein Wirken im Dienste der Arbeiterbewegung stets als Lebensaufgabe angesehen. Kein Arbeiter, kein Gewerkschaftsführer kann seine Aufgaben lösen, ohne einen unerischütterlichen Idealismus, ohne ein unbeglautes

Wochenwertmarke als nicht unterstützungsberechtigte Zusatzumlage abzugeben und dieser berechnete Wert auf 10 RM. abgerundet nach der vollen Zahl der geleisteten Wochenbeiträge in das neue Buch vorzutragen. Dieser Wert der geleisteten Wochenbeiträge kann umgerechnet werden, jedoch nur bis höchstens zur Gesamtdauer der Mitgliedschaft.

3. Beitragsfreie Marken, Extrabeiträge, Anerkennungsbeiträge bei der An- und Umrechnung unberücksichtigt.

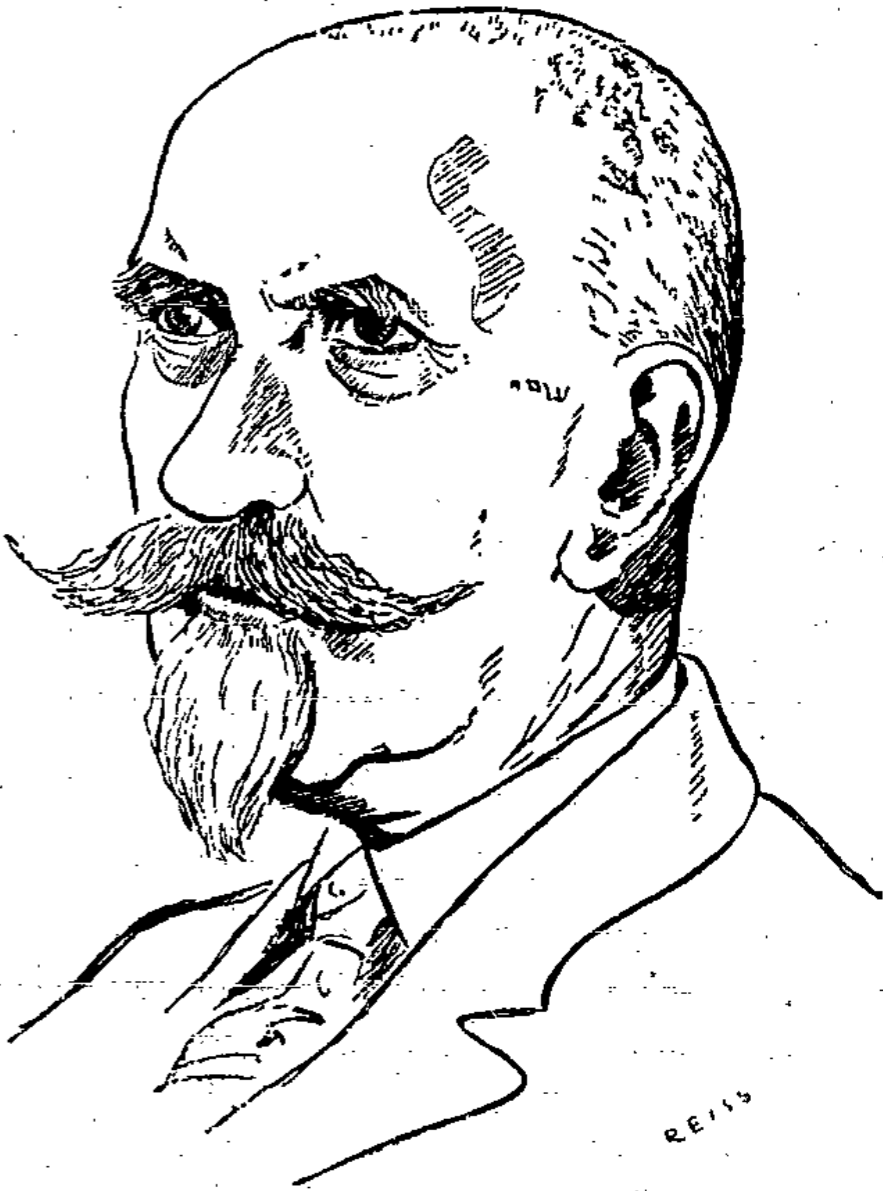
4. Für die Unterstützungsberechtigung gelten die Satzungsbestimmungen der Einzelverbände nur der Maßgabe, daß die vom Bundesauschuss beschlossenen Richtlinien über Art und Umfang der Unterstützungen (siehe Jahrbücher des ADGB 1928/27) Beachtung finden. Um übertretende Mitglieder vor Nachteilen zu bewahren, können die Einzelverbände in Gegenständigkeits- oder Kartellverträgen Ausnahmen von vorstehender Regel anlassen.

5. Für den Bezug der Invalidenunterstützung wird die Zahl der nach Punkt 2 festgestellten Beiträge in voller Höhe angerechnet, wenn das Mitglied aus einem Verbande mit gleichem Unterstützungszwang übertritt. Hat das übertretende Mitglied die zum Bezug der Invalidenunterstützung in der neuen Organisation festgesetzten Beiträge noch nicht voll geleistet, so kann es erst nach Leistung der restlichen Beiträge im neuen Verband Invalidenunterstützung erhalten. Durch Gegenständigkeits- oder Kartellverträge können die Einzelverbände eine von dieser Regel abweichende Regelung vereinbaren. Übertretende, die bereits früher dem gleichen Verbande mit Invalidenunterstützung angehört, zu dem der Rücktritt erfolgt, erhalten zumindest die Zahl der in diesem Verbande geleisteten Beiträge auf die jahresmäßige Wartezeit angerechnet

und unbestechliches Gerechtigkeitsgefühl und ohne eine heiße Liebe zum Proletariat. Alle diese Eigenschaften besitzt aber unser Kollege Prüll in hohem Maße und daher die Erfolge, die er in seinem Kampf um den Aufstieg des Proletariats errungen hat.

Zu seinem Jubiläum beglückwünschen wir ihn und den Verband, in dem er so lange Mitarbeiter, Führer und Vorbild war und noch auf Jahrzehnte hinaus bleiben möge.

Der zweite Jubilar, Eduard Zallmannzig, ist geboren am 30. April 1865 in Reckswalde, Kreis Angerburg (Ostpreußen). Sein Vater war Instmann, womit schon gesagt ist, daß die Jugend des kleinen Eduard keine allzu rosige war. Instleute waren in der damaligen Zeit nicht viel besser als Hörige, also Halbfreie. Ob die Familie eines Instmannes ein Handelsleben oder ein Leben wie andere freie Menschen führen konnten, hing ganz von der persönlichen Charaktereigenschaft des landwirtschaftlichen Arbeitgebers ab. Brutalität war ein hervorstechender Charakterzug des ostpreussischen Junkers. Vielleicht haben die damals auf den jungen aufgeweckten Instmannsohn wirkenden Eindrücke die erste geistige Revolution bei ihm ausgelöst, die ihn befähigen sollten, den Kampf aufzunehmen gegen Unrecht und Elend. Kaum 14 Jahre alt verlor Eduard Zallmannzig den sorgenden Vater, und so mußte er nach beendeter Schulzeit mit angreifen, um Verdienst zu schaffen. Heute noch in der Schule, morgen an der Arbeitsstätte, heute noch Schulkind, morgen schon Tagelöhner. Die „Verhältnisse“ gestatteten dem kleinen Eduard nicht, ein Handwerk zu erlernen, und so wurde er „Angelernter“. Im Juni 1880 wurde bekanntlich unsere Organisation gegründet, und bereits am 1. November desselben Jahres wurde Eduard Zallmannzig Verbandskollege. Vom Tage seines Eintritts in den Verband bis heute liegt so viele aufreibende Tätigkeit für den Verband, für die Arbeiterbewegung überhaupt, liegen so viele persönliche Opfer, daß eine Nummer des „Proletariats“ nicht hinreichen würde, um alles zu schildern. Freund und Leid, Jubel und Enttäuschung hat er kennengelernt, wie alle die Pioniere unseres Verbandes im kaiserlichen Deutschland. Sehr bald ist der Kollege Zallmannzig von der Mitgliedschaft mit Ehrenämtern betraut und auf verantwortungsvolle Posten gestellt worden, ein Beweis für das in ihn gesetzte Vertrauen. Von 1892-1894 war er Revisor beim Hauptvorstand und von 1900-1904 Mitglied des Hauptvorstandes. Seit dem 19. Dezember 1904 ist Kollege Zallmannzig als Angestellter im Hauptbüro tätig. Seine Gewissenhaftigkeit, sein einwandfreies kollegiales Verhalten haben ihm von jeher die allgemeine Hochachtung seiner Mitarbeiter gesichert.



Eduard Zallmannzig ist außer seiner Tätigkeit für den Verband auch politisch nicht müßig gewesen. Am Tage seines Eintritts in den Verband, also am 1. November 1890, ist er auch der Sozialdemokratischen Partei beigetreten. Auch da hat er jederzeit aktiv mitgearbeitet, und war zum Beispiel von 1907 bis 1912 ehrenamtlicher Bezirksleiter der Parteioorganisation in Hannover. Wenn die hannoversche Arbeiterbewegung innerlich gesund ist, so hat hieran Eduard Zallmannzig sein gut Teil Verdient. Indem wir ihm zu seinem Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche darbringen, verbinden wir damit den Wunsch, daß er uns in voller Gesundheit und Rüstigkeit noch viele Jahrzehnte der gute Kamerad sein möge, der er uns bisher war.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.



6. Rechtschutz hat derjenige Verband zu bezahle, in dem das betreffende Mitglied organisiert war, als die Ursache des Rechtschutzes eintrat.

7. Invalide, kranke, arbeitslose oder an einer Arbeitseinstellung beteiligte Mitglieder sind vom Uebertritt ausgeschlossen. Mitglieder der Unions, Werkvereine und gelben Verbände sind als Neuzutretende zu behandeln. Im Zweifelsfall entscheidet über den Charakter solcher Organisationen und die Notwendigkeit einer Ausnahme der Verbandsvorsitzende.

8. Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbezug von Unterstützungen. Dem Mitglied steht es frei, diejenige Organisation zu wählen, von welcher er Unterstützung in Anspruch nehmen will.

In Doppelorganisierte, die den für ihren Haupt- und Nebenberuf zuständigen Gewerkschaften angehören, werden Rechtschutz und Unterstützungen bei Streiks und Maßregelungen nur von der Organisation gewährt, deren Interessen sie in dem fraglichen Falle vertreten."

**Industrielle Europas schließen sich enger zusammen.**

Am 29. und 30. November hat eine Direktorenkonferenz der europäischen Industrieverbände stattgefunden. Man beschäftigt

sich mit den amerikanischen Zolltarifen, wobei man zu der Ueberzeugung kam, daß diese die europäischen Industrien bedrohen und die Kaufkraft unseres Erdteils beeinträchtigen. Des ferneren befaßt man sich mit den wirtschaftspolitischen Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbundes. In der offiziellen Verlautbarung wird nicht gesagt, zu welcher Stellungnahme man hierbei gelangt ist. Annehmen kann man wohl, daß diese ablehnend gewesen ist. Schließlich beschäftigt man sich noch mit den Wirtschaftsarbeiten des Völkerbundes. Hierbei kam die Auffassung zum Durchbruch, daß die Unternehmer Europas diesen Dingen in Zukunft mehr Beachtung schenken wollen. Zum Schluß wurde die übereinstimmende Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß die europäischen Industrieverbände hinfort enger Fühlung miteinander fallen, d. h. sich enger zusammenziehen wollen. Solche Konferenzen sind etwas ganz Neues. Sie beinhalten die Auffassung, daß wirtschaftspolitische Fragen über die Landesgrenzen hinaus erörtert und zu beeinflussen versucht werden. Die Unternehmer zeigen, wie das gemacht wird. Sollen die Arbeiter da zurückstehen? Nein. Internationale Wirtschaftspolitik tritt mehr denn je an die Stelle der nationalen. Da muß der I.G.M. als der Sachverwalter der Arbeiterinteressen in Funktion treten. Dies kann er allerdings nur, wenn er in jedem Lande die notwendige Unterstützung findet.

nannten Typen arbeitenden vollautomatischen Maschinen. Die Einführung der hier bezeichneten Maschinen war in den letzten Jahren im steigenden Maße zu beobachten. Auch die Umstellung von zehnräumigen Zwenzmaschinen wurde vorgenommen.

Welche Veränderungen in der Flaschenindustrie eingetreten sind und wie die Entwicklung in der Produktion sich gestaltet, geht daraus hervor, daß im August d. J. an 21 Zwenzmaschinen gearbeitet wurde. Es waren darunter 24 Maschinen zehnräumig und 5 Maschinen zehnräumig. Die Durchschnittszahl der hergestellten Flaschen betrug an einer zehnräumigen Maschine in drei Schichten zu je acht Stunden 25140, an der zehnräumigen Maschine in der gleichen Zeit 44775. An 200 Arbeitstagen im Jahr umgerechnet würde sich eine Gesamtproduktion an den Zwenzmaschinen von 247 720 000 Flaschen ergeben.

Von den anderen vollautomatischen Maschinen, System Lynch, Noirant und O. Neill, waren insgesamt im Monat August d. J. 25 in Betrieb. Die Durchschnittsproduktionszahl betrug, an allen Maschinen zusammengenommen, in 24 Stunden 255 360 Flaschen. Bei gleichbleibender Produktion wie im Monat August würde sich bei 300 Arbeitstagen im Jahr eine Durchschnittszahl von 76 608 000 Flaschen ergeben. Bemerkenswert ist hier noch, daß an den Lynch- und O. Neill-Maschinen die Zahl der hergestellten Flaschen höher ist wie bei den Noirantmaschinen.

Handmaschinen waren im August d. J. 147 in Betrieb. Es läme bei Durchführung des Dreischichtenbetriebes in 24 Stunden an allen 147 Maschinen eine Durchschnittszahl hergestellter Flaschen von 573 300 in Betracht. Auf das Jahr zu 300 Arbeitstagen umgelegt, würde die Produktion 171 990 000 Flaschen betragen. An der Severinmaschine ist die Durchschnittszahl hergestellter Flaschen geringer als bei den Schiller- oder Wolfsmaschinen. Es sind für zwei Severinmaschinen aber nur ein Anfänger erforderlich.

Bei Durchführung des Zweischichtenbetriebes läme an allen 147 Handmaschinen eine Durchschnittsproduktionszahl von 114 660 000 Flaschen in Betracht.

Soweit die Herstellung von Flaschen mit der Hand noch vorhanden war, wurden im Monat August d. J. 1915 Glasmacher beschäftigt, darunter befanden sich 300 in den Champagner-Flaschenhütten. Bei einer durchschnittlichen Produktionszahl von 250 Flaschen pro Glasmacher in acht Stunden würde, umgerechnet auf das Jahr zu 300 Arbeitstagen, eine Anzahl von 75 000 Flaschen je Glasmacher angefertigt. Bei 1915 Glasmachern wären es 143 250 000 Flaschen. Da die Betriebsanlagen in der Flaschenindustrie durchgehend im ganzen Jahre nicht voll ausgenutzt werden, wird die bei den einzelnen Produktionsarten angegebene Anzahl von Flaschen nicht voll erreicht. Immerhin bietet dieses Bild eine Grundlage für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Flaschenindustrie.

In der Vorkriegszeit wurden nach Berichten in der Tagespresse 581 000 000 Flaschen erzeugt. Nach dem Produktionsstand im August d. J., unter Berücksichtigung des Dreischichtenbetriebes mit Handmaschinen und durchgehender Ausnutzung der Betriebsanlagen, könnte eine Gesamtproduktion von 639 943 000 Flaschen erreicht werden. Bei Durchführung des Zweischichtenbetriebes mit Handmaschinen kämen 582 618 000 erzeugter Flaschen in Betracht. Da in den Vorkriegsjahren die Handarbeit der Maschinenarbeit noch überragend war, haben sich die Produktionsverhältnisse völlig verändert, wie das aus den oben angeführten Zahlen hervorgeht.

**Friedrichsthal.**

Von Seiten der Betriebsleitung ist die teilweise Stilllegung des Betriebes beantragt worden. Des weiteren wird von der Betriebsleitung versucht, die bestehenden Affordarrie teilweise bis zu 10 Proz. abzubauen. Dadurch sind ernste Differenzen ausgebrochen und bitten wir, von dem Zugang nach Friedrichsthal Abstand zu nehmen.

**Belgien.**

Die belgische Flaschenindustrie klagt seit zwei Monaten über schleppenden Geschäftsgang. Außerdem sollen Unfugigkeiten im belgischen Maschinenpark (Sandikat) vorhanden sein. Die Betriebe drängen auf unabhängige Erweiterung des Exportgeschäftes. Durch die erfolgte Lohnverhöhung von 3 bis 5 Proz. rechnet man allgemein mit einer demnächst erfolgenden Preisverhöhung des Tafelglases.



**Unerfreuliches aus der Lommahcher Tafelglasindustrie.**

Inmitten der reichsten landwirtschaftlichen Gegend Sachsens liegt die kaum 4500 Einwohner zählende Stadt Lomma a. h. j. Erst sehr spät vom Verkehr erschlossen, ist sie in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung stark gehemmt worden. Noch heute gibt das Sandwerk der Stadt das Gepräge, und die stark proletarische Bevölkerung hat wirtschaftlich schwer zu leiden.

In diese verkehrsarme Gegend kam 1897 Carl Menzel und errichtete am Ausgang der Stadt das erste industrielle Werk, die Tafelglashütte „Carlshütte“. Mit Hilfe von auswärts herangeholten Tafelglasmachern wurden die Kinderkrankheiten bald überstanden und das Werk zur Blüte gebracht.

Dieses Stammhaus der Menzels — es wurden im Laufe der Jahre noch je eine Hütte in Annaburg und Meisa errichtet — wurde nach dem Tode des alten Herrn Menzel von dessen zwei Schwiegersöhnen und Herrn Richard Menzel geleitet. Das Werk, das während seiner Blüte rund 200 Arbeiter beschäftigte, mußte also eine annehmbarere Rente ergeben, um die drei Familien seiner Leiter „Handbesatzmäk“ zu erhalten.

Anfang 1928 schied Richard Menzel aus dem Werk aus; er errichtete in unmittelbarer Nachbarschaft einen eigenen Betrieb: die „Tonihütte“. Gerade ein Jahr konnte in diesem neuen Werke produziert werden, dann mußte es seine Pforten wieder schließen. Trotz des kurzen Bestehens dieser Hütte wurde aber in den letzten Monaten ein Glas hergestellt, das nach dem übereinstimmenden Urteil von Fachleuten als hochwertig bezeichnet werden dürfte. Wenn trotzdem nach so kurzer Zeit die Produktion wieder eingestellt werden mußte, so werden wahrscheinlich, neben dem Mangel an Kapital, Ursachen mitgewirkt haben, die zu hanner der Werkleitung ebenjowenig gelingen konnte, wie die Steigerung des Kredites. Der Betrieb wurde vom Tage der Gründung an als Fremdkörper in der Branche betrachtet und wohl auch entsprechend behandelt.

Vor einigen Wochen sollte die Versteigerung des Werkes vor sich gehen. Es wurden auch Angebote gemacht, doch waren dieselben zu gering, um akzeptiert werden zu können.

Hauptleidtragende ist bei diesem Zusammenbruch die Stadtgemeinde. Es ist zu bedauern, daß die Bemühungen der Stadt, der zahlreichen Arbeiterbevölkerung eine Arbeitsmöglichkeit zu erhalten, mißglückt sind.

Für unsere Lommahcher Tafelglas Kollegen bedeutet das Eingehen der Tonihütte jedenfalls einen Verlust. Es ist ein Verlust, weil die Lommahcher industrielle Einöde nicht nur einen Stellen-, sondern auch einen Berufswechsel am Platze unmöglich macht. Dies müssen vor allem unsere in der Carlshütte beschäftigten Kollegen wahrnehmen.

Seit Jahren legt dieses Werk während der Wintermonate einen Ofen still, und die Werkleitung bemüht die dadurch sich ermöglichenden Entlassungen, unseren Kollegen zu zeigen, daß sie noch die „Herren“ sind. Bei der Auswahl der zu Entlassenden hält man sich dann nicht etwa an die am stillgelegenden Ofen beschäftigte Belegschaft, man kündigt möglichst Wochen vorher der Gesamtbelegschaft, um Gelegenheit zu erhalten, die Arbeiterschaft einzuschüchtern und sie durcheinander zu bringen. Nebenbei werden natürlich noch andere Zwecke verfolgt, wie folgendes Beispiel zeigt: Ein alter Arbeiter, der die letzten Jahre regelmäßig mit zur Entlassung kam, bittet, ihn dieses Jahr weiter arbeiten zu lassen. Dem wird entsprochen; allerdings erwarten die Herren von der Carlshütte auch ein Gegenkommen von diesem alten Arbeiter. Er soll für 60 Pf. die Stunde arbeiten. Der Tariflohn beträgt 72 Pf. In diesem Fall ist der Streich gelungen. Ein geplanter größerer Zug auf die Taschen unserer Kollegen gelang aber vorbei. Unsere Betriebsvertretung hatte den berechtigten Wunsch, die Folgen der Stilllegung des Ofens der gesamten Belegschaft tragen zu lassen. Man wollte Entlassungen möglichst vermeiden und dafür statt vier nur zwei Touren pro Woche arbeiten.

Die Werkleitung verhielt sich nicht strikt ablehnend gegenüber diesen Wünschen. Sie war gewillt, wenigstens einen Teil der a. r. Entlassung Entgeltchen zu behalten, wenn die Belegschaft sich verpflichtete, auf folgende Bedingungen einzugehen:

1. Verzicht auf die Berechnung der Urlaubsgelder nach § 11 Ziffer 2 des Reichsurlaubvertrages für das Jahr 1930.
2. Aufbringung der Mieten für die Werkwohnungen der auf Grund der gewünschten Vereinbarungen nicht zur Entlassung kommenden Glasfacharbeiter durch die Glasmacher.
3. Verzählung des Unternehmeranteils zu den sozialen Pflichtfällen für die auf Grund der gewünschten Vereinbarungen nicht zur Entlassung kommenden Glasfacharbeiter durch die Glasmacher.

Wenn auch diese Wünsche der Lommahcher Glasherren von niemandem als übertrieben bezeichnet angesprochen werden dürften, so erheben sie doch nicht eines gewissen Reizes, vor allem durch das offensichtliche Forttragen derselben.

Unsere Betriebsvertretung, atte nun allerdings für eine solche Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses nicht das notwendige Verständnis. Die Herren der Werkleitung waren aber in ihre Vorurteile derartig verblödet, daß sie glaubten, eine Urabstimmung unter der Belegschaft verlangen zu können, und wahrscheinlich, um die Betriebsvertretung ob ihrer Verständnislosigkeit beschämen zu können, sollte diese Abstimmung nicht geheim gehandhabt werden.

Man hat sich nicht geeinigt, die vorgeesehenen Entlassungen erfolglos reiflos. Leider sind unter den Entlassenen eine Anzahl Kollegen, die noch nicht wieder die vorgeebene Wartezeit für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung bestanden hatten. Sie leiden große Not.

Unsere Lommahcher Kollegen müssen aber aus den Erfahrungen der letzten Monate die Lehre ziehen, daß sie sich fester

als bisher zusammenschließen müssen. Nicht nur Beiträge zur Organisation zahlen, sondern die gewählte Betriebsvertretung in ihrem Arbeiten für die Belegschaft tatkräftig zu unterstützen, ist Pflicht jeden Gewerkschafters. Gerade ein solch isolierter Platz wie Lommahch erfordert eine lückenlose Organisation, um überhandne Forderungen der Arbeitgeber forrrieren zu können.

**Produktionsverhältnisse in der Flaschenindustrie.**

Die Umstellung in der Glasherzeugung von der Hand- zur Maschinenarbeit war in der Flaschenindustrie schon vor Ausbruch des Krieges zu beobachten. Als vollautomatisch arbeitende Maschine kam die Zwenzmaschine in Betracht, die bereits vor mehr als 20 Jahren zur Einführung gelangte und trotz anfänglicher Schwierigkeiten doch sehr bald tiefeneinsetzende Veränderungen in der Produktion brachte. Der Verband Europäischer Flaschenfabriken, der in den Vorkriegsjahren bestand, hatte das Patent der Zwenzmaschine käuflich erworben, regelte die Flaschenherstellung an den Maschinen in den Grünghashütten und hatte dadurch einen großen Einfluß in der Entwicklung von der Hand- zur Maschinenarbeit. Im Laufe der Jahre wurde die Zwenzmaschine verbessert; neben zehnräumigen finden wir heute acht-, zehn- und noch mehrarmige Maschinen, mit denen eine wesentliche Steigerung der Produktion erreicht wird. Wenn trotzdem die Handarbeit, in allerdings eingeschränktem Umfang, noch besteht, so sind die Ursachen dieser Erscheinung darauf zurückzuführen, daß die Anfertigung von kleinen Aufträgen bestimmter Flaschenformen an den Maschinen sich nicht lohnt. In neuerer Zeit ist zu beobachten, daß an einer Maschine gleichzeitig verschiedene Formen gefertigt werden, und die Herstellung von Flaschen im gleichen Arbeitsvorgang sich nicht nur auf eine Sorte in großen Mengen beschränkt. Bei zunehmender Normung und Typisierung der Produktion ist zweifellos mit einer weiteren Einschränkung der Handarbeit zu rechnen. Die Anfertigung von Spezialflaschenformen wird auch in Zukunft der Handarbeit vorbehalten bleiben. Bei der Herstellung von Champagner-Flaschen ist die Handarbeit heute noch vorherrschend.

Neben den Handmaschinen, mit welchen auch schon vor dem Kriege gearbeitet wurde, ist in neuerer Zeit die vollautomatische, einarmige Noirantmaschine aufgestellt worden, an der sich auch die Herstellung kleinerer Mengen einer bestimmten Flaschenform durchführen läßt. Es kommen noch hinzu die mit sogenanntem



**Die keramische Industrie in der Tschechoslowakei.**

Nachstehend geben wir einen Ueberblick über den Stand der keramischen Industrie in der Tschechoslowakei:

Nach dem neuesten Stand sind in der Porzellan- und Steingutindustrie etwa 16 882 Personen beschäftigt. Die tschechische Porzellan- und Steingutindustrie ist also bedeutend kleiner als die deutsche. Im ganzen sind es 57 Betriebe, die sich auf die einzelnen Fabrikationsarten wie folgt verteilen:

Betriebe	Beschäftigte
1. Geschirrporzellan	34 10 456
2. Luxus- und Geschirrporzellan	4 1 604
3. Elektrotechnisches Porzellan	4 1 297
4. Elektrotechnisches- und Geschirrporzellan	2 1 423
5. Steingut-Luxus	6 831
6. Spülwaren-Geschirr	4 1 040
7. Terrakotten	3 181
<b>Zusammen:</b>	<b>57 16 882</b>

Nach Geschlecht und Alter verteilen sich die Beschäftigten in den einzelnen Betrieben folgendermaßen:

Anzahl der Betriebe	Art der Betriebe	Beschäftigte	Männlich				Weiblich			
			über 18 Jahre	unter 18 Jahren	Bezugslos	Zusammen	über 18 Jahre	unter 18 Jahren	Zusammen	
44	Porzellan- Erzeugnisse	14780	5190	330	463	5933	7478	1319	8797	
13	Steingut- Erzeugnisse	2052	885	55	30	970	1004	78	1082	
57	<b>Zusammen</b>	<b>16832</b>	<b>6075</b>	<b>385</b>	<b>493</b>	<b>6903</b>	<b>8482</b>	<b>1397</b>	<b>9879</b>	

Die Zahl der weiblichen Beschäftigten ist in der Tschechoslowakei im Verhältnis zu den männlichen Beschäftigten viel höher und auch viel höher als in Deutschland. 17,33 Prozent sind mehr Frauen als Männer beschäftigt. 13,51 Prozent aller Beschäftigten sind Jugendlichen unter 18 Jahren.

Mit Ausnahme dreier Betriebe sind in der Porzellanindustrie in allen Betrieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Kollektiv- und Einzelverträge geregelt. In den Betrieben der Steingut- und Terrakottaindustrie haben die Unternehmer 1922 den bestehenden Kollektivvertrag gekündigt. Seit dieser Zeit bis Ende 1928 war es nicht mehr möglich, zu einem neuen Vertragsabschluss zu kommen. Erst im Frühjahr 1929 war es nach langen Verhandlungen möglich, einen neuen Kollektivvertrag sowie einen Einzelvertrag für diese Arbeitergruppen abzuschließen, welche den Arbeitern arber bestehenden Lohn-erhöhungen noch wesentliche Verbesserungen in Arbeitsverhält-

nissen brachten. Ebenso gelang es, auch in der Porzellanindustrie im Jahre 1928 eine generelle 4- bis 5prozentige Erhöhung der Löhne zu erreichen.

Vom Beginn des Jahres 1926 bis Ende 1928 wurden zwölf Streiks mit zusammen 7817 Beschäftigten durchgeführt. Davon wurden beendet: 5 Streiks mit 804 Beteiligten mit vollem Erfolg, 4 Streiks mit 7163 Beteiligten mit teilweisem Erfolg, und 3 Streiks mit 244 Beteiligten ohne Erfolg.

1926 waren 16,35 Prozent der Mitglieder arbeitslos, 1927 waren es 7,63 Prozent, und 1928 — immer im Jahresdurchschnitt gerechnet — 6,67 Prozent.

An Vertragsabschlüssen wurden getätigt:

- 13 Einzelverträge mit 3469 Beteiligten
- 2 Branchenverträge mit 15 600 Beteiligten
- 1 Kollektivvertrag mit 7046 Beteiligten

Eine Ausperrung, an der 600 Arbeiter beteiligt waren, konnte mit Erfolge durchgeführt werden.

Außerdem wurden 17 größere Lohnbewegungen mit Erfolge im Verhandlungswege erledigt. Erreicht wurden verschiedene Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen und Wirtschaftshilfen. An dem Erfolge dieser Bewegungen waren 23 067 Arbeiter interessiert.

Außer der Porzellan- und Steingutindustrie kommt für die tschechische Keramikindustrie und für die Organisation der Porzellanarbeiter noch die Naalinindustrie in Frage. In der Umgebung von Karlsbad sind Naalinschächte und Schlammereien, in welchen ungefähr 1200 Arbeiter beschäftigt sind. Mehr als 100 Arbeiter sind in den Naalin- und Tongruben im Gebiete von Eger-Wildstein beschäftigt, außerdem noch gegen 500 im Boderamer und Raadener Gebiet. Mehr als 600 Arbeiter der Zettlicher Naalinwerke A. G. in Jemly arbeiten unter ziemlich günstigen vertraglichen Verhältnissen. Der Geschäftszweig in diesem Industriezweig ist auf. Die Aktionsfähigkeit der Organisation leidet stark unter den kommunistischen Treibern.

Die Ein- und Ausfuhr der Porzellan- sowie Papierkeramischerzeugung betrug:

Jahr	Einuhr	Ausfuhr
1927	498 Tonnen	29 358 Tonnen
1928	649 Tonnen	308 305 Tonnen

Ueber 80 Prozent der Naalinproduktion geht aus der Tschechei ins Ausland, nur ein verhältnismäßig kleiner Teil wird im Inland verarbeitet.

Zum Organisationsgebiet des Keramarbeiter-Verbandes gehören noch die Feintenn-, Chenotte- und Spatinindustrie. Im Jahre 1928 wurden dem Verbande noch die Denecker, Drien- und Platentlager zugeteilt.

Der Keramarbeiter-Verband wird sich in aller nächster Zeit mit dem deutschen Glasarbeiter-Verband in der Tschechoslowakei und mit dem tschechischen Glasarbeiter-Verband verschmelzen. Alle Vorbedingungen dazu sind erfüllt.



# Fragen zur Kündigung des Manteltarifs der Porzellanindustrie.

Zur Jahreswende ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Arbeiterfrage der Porzellanindustrie erneut vor die Frage gestellt wird, ob sie ihren Manteltarif aufkündigen oder weiterlaufen lassen will. Es muß zugegeben werden, daß unser Manteltarif die Fragen in unserer Industrie so ziemlich alle erfährt, und wir müssen es unserer Tarifkommission lassen, daß sie bei der Ausarbeitung des Tarifs die besonderen Eigenschaften unserer Industrie berücksichtigt hat. Das besagt aber nun nicht, daß überhaupt niemals eine Änderung in den Paragraphen eintreten dürfte und der Tarif auf die Dauer so bleiben könnte, wie er jetzt vor uns liegt. Die Jahre haben gelehrt, daß doch da und dort noch Mängel bestehen, die unbedingt abgeändert werden müßten.

So wäre u. a. vor allen Dingen abzuändern das „Klassen-Verzeichnis“. Es dürfte bei der heutigen Wirtschaftslage unbedingt notwendig sein, daß wir mit so vielen Klassen nicht mehr rechnen müßten, sondern daß es mindestens mit zwei abgetan wäre, zumal ja die Konzentration innerhalb der Porzellanindustrie mit Riesenschritten vorwärts geht und daher die Betriebe so nach und nach in wenige Hände gelangen und deshalb ein Klassenunterschied, wie er heute besteht, nicht mehr angedacht ist.

In der Urlaubsfrage wäre auch verschiedenes zu ändern, und zwar im § 34, Absatz 1. Hier müßte es heißen: „Nach einer Beschäftigungsdauer von 6 Monaten ist der Urlaub zu gewähren“ und nicht, wie es heute lautet: „Von dem auf den Eintritt in das Werk folgenden Kalenderjahr ab.“ Es würden dadurch sehr viele Härten beseitigt, die heute unangenehm durch die enormen Rückschläge in der Wirtschaft entstehen. Nehmen wir einmal an, es wäre ein Kollege am 2. Januar in den Betrieb eingetreten, so hat er erst das darauffolgende Jahr Anspruch auf die ersten drei Tage Urlaub. Wenn er nun am 28. Dezember entlassen wird und er am 2. Januar wieder zu arbeiten anfängt, dann ist er für diese beiden Jahre ohne jedes Recht auf Urlaubsanspruch, trotzdem er das ganze Jahr vollgearbeitet hat.

In den § 35 müßte mit hineingebracht werden, daß der Urlaub in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober gewährt werden muß, damit hier ein Rechtsanspruch auf die Gewährung des Urlaubs in einer bestimmten Zeit erfolgt, mit Ausnahme derjenigen, die erst später das Anspruchsrecht des Urlaubs erwerben. Oftmals macht hier der Arbeitgeber außerordentliche Schwierigkeiten und die Kollegen und Kolleginnen bekommen den Urlaub zu einer Zeit, wo nicht mehr viel damit anzufangen ist.

Neber unsere Schiedsinstanzen hier ein Wort zu verlieren, wäre unnützlich. Die Zeit wird dafür sorgen, daß, wenn sie nicht besser funktionieren, sie ohne weiteres abgelöst werden, zumal wir ja danach streben, eine einheitliche Arbeitsrechtsprechung zu erhalten.

Es bleibt aber vor allem bei der Verhandlung diesmal noch das übrig, was das vorige Mal vom Schlichter abgelehnt wurde und wodurch unsere Kollegen und Kolleginnen, die im Afford arbeiten, benachteiligt wurden, indem für alle im Afford Beschäftigten irgendwelche Lohnansprüche nicht erreicht werden konnten. Der Schlichter hat unverständlicherweise bei der letzten Lohnverhandlung die Erhöhung der Effektiv-Verdienste herausgenommen und sie bis zur nächsten Verhandlung über den Manteltarif zurückgestellt. Die Kollegen und Kolleginnen mögen bedenken, daß der Manteltarif immer eine längere Laufdauer hat, als wie das reine Lohnabkommen, und deshalb müssen sie besonders auf dem Posten sein, damit sie als Affordarbeiter nicht zweimal geschädigt werden.

Es wäre auch weiter am Platze, wenn in der Brennerfrage Festlegungen dahingehend gemacht würden, daß für alle diejenigen, die am Brennprozess beteiligt sind, mindestens die jeweilige Affordbahn für Sacharbeiter bezahlt wird, ganz gleich, ob die Kollegen brennen, oder Ofen sehen, oder Ofen aufwärmen, denn immer haben sie einen Teil der Verantwortung mitzutragen.

Die Kündigung des Manteltarifs wird immerhin von einiger Bedeutung für unsere Organisation sein. Die Kollegen, die bei diesen Dingen mitzureden haben, sollten sich im voraus darüber klar sein bzw. werden, ob eine Kündigung einen Erfolg bringen kann, und ob sie auch dann später in der Lage sein werden, bei Nichterreichung desselben mit der letzten Konsequenz einzutreten. Es ist nicht immer angebracht, daß man zuerst versucht, mit großen Sprüchen etwas vorzutun, was letzten Endes nicht da ist. Man soll kalt und nüchtern die ganze Angelegenheit behandeln. Es ist besser, vorher Klarheit in diesen Dingen, als wie später irgendwelche Enttäuschungen hinnehmen zu müssen.

Sedenfalls sind die Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen immer noch diejenigen, die Forderungen stellen und auch herbeiführen können. Daß die Porzellanarbeiter auch für ihre Forderungen mit allen Mitteln einzutreten gewillt sind, braucht nicht erst betont zu werden.

## Kahla.

Die Porzellanfabrik Kahla in Kahla teilt auf Anfrage eines Aktionärs unter dem 22. November folgendes mit: „Der unbefriedigende Kurs unserer Aktien ist in allererster Linie auf die schlechte Vorlage zurückzuführen. Sehr kleine Kosten genügen, um eine Kurssteigerung herbeizuführen. Es scheint insbesondere, als ob im Vorjahre spekulativ gekaufte Aktien unserer Gesellschaft von den Betreffenden nicht mehr durchgehalten werden konnten. Die geschäftlichen Verhältnisse waren infolge des harten Winters in den ersten Monaten dieses Jahres auch für unsere Industrie und für unsere Werke schwierig. Die Lage hat sich aber im Laufe dieses Sommers gebessert und wir sind zur Zeit befriedigend beschäftigt. Wie das Ergebnis des Geschäftsjahres (i. V. 5 Proz. Dividende) sein wird, vermögen wir zur Zeit noch nicht zu sagen, da noch zwei wichtige Monatsergebnisse ausstehen.“

## Lichte.

Wenn wir in der vorigen Woche berichten konnten, daß in der Leitung der Direktion der Porzellanfabrik Dautzsch bei Dautzsch, die der Firma Schumann in Arzberg gehört, ein Direktionswechsel eingetreten ist, so sind wir heute in der Lage, einen Direktionswechsel zu berichten, der in der Porzellanfabrik Gebr. Heubach & Co. in Lichte bei Volkendorf eingetreten ist. Der jetzige Direktor Richard Heubach war aber nur eine provisorische Stelle in der Direktion Saatz, der bisher die Porzellanfabrik Heubach & Co. in Habollstädt leitete, die auch zu dieser Abzweigung gehört, getreten. Direktor Saatz war vorher Direktor der Schwarzbürger Keramikwerke in Unterweißbach, die der Aktienbesitzer Volkstedt Porzellanfabrik in Volkstedt angehören.

## Schorndorf.

Die Generalversammlung der Württembergischen Porzellanmanufaktur A. G. Schorndorf, genehmigte den Abschluß der 1929, ermach aus dem Reingewinn ein Drittel des Vorjahres der Verlust in Höhe von insgesamt 45.279 RM eine Dividende von 6 Prozent verteilt nach 15.279 RM bleiben vorzutragen. Die geschäftlichen Verhältnisse sind weiterhin zufriedenstellend. Die Geschäftsergebnisse sind demnach trotz aller widrigen Umstände noch sehr gut.

## Selb.

Die Porzellanfabrik Hülshagen A. G. in Selb (Bayern) hat ihren bereits angekündigten Abschluß genehmigt und kann über 9 Prozent Dividende verteilen.



# Industrie Steine und Erden im Spiegel der Gewerbeaufsicht.

Die von den Gewerbeaufsichtsbehörden herausgegebenen Jahresberichte bringen über hygienische und sonstige Verhältnisse in den zu ihrem Auftragsgebiet gehörenden Industriezweigen sehr interessantes Material. Einige Gewerbebezweige nehmen darin ziemlich breiten Raum ein. So z. B. Bäckereien, Gast- und Schankwirtschaften, wo die hygienischen, gesundheitlichen usw. Verhältnisse noch sehr im argen liegen müssen. Die Industrien der Steine und Erden sind meist nur so nebenbei bemerkt. Das Material darüber muß man aus den Berichten mühselig zusammensuchen. Es könnte da die Meinung aufkommen, daß in den Industrien Steine und Erden alles in Ordnung wäre. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Die Berichte sind meist sehr summarisch, so daß man nicht immer erfahren kann, über welche Industriezweige eigentlich berichtet wird. Aber schon das, was man durch mühseliges Zusammenhaken aus den Berichten herausfindet, zeigt, daß in den Industrien Steine und Erden sehr viel Mängel vorhanden sein müssen, die dringend der Abhilfe bedürfen. Es wäre nicht unangebracht, wenn gerade die größten Sünden gegen Gesundheit und Leben ihrer Arbeiterschaft in den Berichten namentlich unter Angabe der Firma und Industriezweig genannt würden. Vielleicht wirkte schon diese Tatsache etwas erzieherisch auf die Betreffenden. Wir kommen am Schluss noch auf die einzelnen Fälle etwas näher zu sprechen. Bemerkten möchten wir aber hier schon, daß die in den Berichten angegebenen Fälle längst nicht die ganze Summe der Verletzungen ausmachen, sondern nur diejenigen, welche durch die Revisionsstätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten festgestellt wurden. Nicht alle Betriebe wurden besichtigt, wenn auch festgestellt werden muß, daß die Zahl der besichtigten Betriebe gestiegen ist.

Zunächst soll erst einmal auf die Zahlen der Betriebe und Beschäftigten eingegangen werden, um eine Uebersicht zu gewinnen, welche Veränderungen in der Zusammenfassung der einzelnen Industriegruppen innerhalb der letzten Jahre vor sich gegangen ist.

Es ist leider ein Nachteil der Statistik der Gewerbeaufsichtsbehörden, die nach dem Schema der Reichsstatistik zusammengestellt ist, daß eine Reihe verwandter Industriezweige zu Industriegruppen zusammengefaßt sind. Man kann daraus nicht verfolgen, wie die Entwicklung innerhalb der einzelnen Industriezweige vor sich gegangen und wie der Stand in den einzelnen ist. So sind folgende Industriezweige zu je einer Industriegruppe zusammengestellt:

Ton-, Kaolin-, Kies- und Sandindustrie eine, Kalk-, Gips-, Traß- und Zementindustrie eine, Torfgräberei und Torfabereitung, die ebenfalls zum Agitationsgebiet der Gruppe Grobkeramik gehört, ist nicht unter Steine und Erden, sondern unter Bergbau aufgeführt. Bei der Gruppe Ziegelindustrie sind auch die anderen, künstliche Mauersteine herstellenden Industriezweige mitgezählt. Darunter fallen, wenn sie auch nicht extra aufgeführt sind, Kalksandstein-, Schlacken- und Bimssteinwerke, die ebenfalls Mauersteine zu Bauzwecken herstellen. Nur die Betonwaren- und Betonwerkstein-Industrie rangiert als geschlossene Industriegruppe. Weiter ist noch eine Sammelgruppe unter Grobkeramische Industrie genannt. Welche Industriezweige darin mit einbezogen sind, geht aus der Statistik nicht hervor, doch kann man nach der Statistik des Deutschen Reiches annehmen, daß Werke der feuerfesten und Schamotte- sowie der Steinzeug- und Tonröhrenindustrie darunter fallen. Mosaik- und Wandplattenindustrie, sowie Steinzeugwarenindustrie sind nach der Reichsstatistik, der auch die Statistik der Gewerbeaufsicht gleicht, unter der Feinkeramischen Industrie einrangiert, aber in der Statistik der Gewerbeaufsicht nicht einzeln aufgeführt. Unter Feinkeramische Industrie sind wahrscheinlich auch noch einige andere kleinere Industriezweige, wie Steatit-Magnesia- und Specksteinindustrie, die zur Gruppe Grobkeramik gehören, mitgezählt. Auf Grund der Zählung von 1925 waren in der Steinzeugwarenindustrie 247 Betriebe mit 4671 beschäftigten Personen, zur Herstellung von Boden- und Wandplatten 54 Betriebe mit 954 beschäftigten Personen vorhanden.

Wir führen aber nur die Industriezweige an, wo zweifellos frei zu ersehen ist, daß sie zum Agitationsgebiet der Gruppe Grobkeramik gehören.

Nach der letzten Vervollzählung für das Deutsche Reich vom Jahre 1925 waren vorhanden in den Industriegruppen:

Industriezweig	Betriebe	Arbeitnehmer ohne Angestellte	Arbeitnehmer insges. mit Angestellten
Ton-, Kaolin-, Kies- u. Sandindustrie	1307	23 662	25 696
Kalk-, Gips-, Traß- u. Zementindustrie	1558	51 505	56 401
Betonwaren- u. Betonwerksteinindustrie	1911	11 213	12 484
Ziegelindustrie	4114	149 925	158 062
Grobkeram. Industrie	379	18 697	21 326
Torfgräberei- und Torfabereitung	323	9 893	10 426
Summa	9592	264 835	284 395

Es wäre dann noch, die Asphaltindustrie zu erwähnen, die ebenfalls mit unter Bergbau rangiert ist, unter eine Gruppe, so daß wir sie bei unserer Aufstellung außer Acht lassen können.

Um einen Ueberblick über die Entwicklung zu haben, setzen wir zuerst die Zahlen nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für die Jahre 1926 und 1927 der Aufstellung gegenüber.

Nach diesen Berichten waren vorhanden:

Industriezweig	1926		1927	
	Mittel- u. Großbetriebe mit 5 und mehr Arbeitnehmern	darunter mit 50 und mehr Arbeitnehmern	Mittel- u. Großbetriebe mit 5 und mehr Arbeitnehmern	darunter mit 50 und mehr Arbeitnehmern
Gewinnung von Kies, Sand, Ton u. Kaolin	1046	20653	75	6462
Kalk-, Gips-, Traß- und Zementindustrie	931	42742	193	30273
Betonwaren- u. Betonwerksteinindustrie	752	14736	53	5145
Ziegelindustrie	622	137606	572	55992
Grobkeramische Industrie	4226	19184	100	15530
Torfgräberei und Torfabereitung	219	8450	38	5613
Summa	7796	242395	1031	118335

Gegen 1925 haben sich also im Jahre 1926 die Mittel- und Großbetriebe mit 5 und mehr Arbeitnehmern um 1796, die Zahl der Arbeitnehmer insgesamt um 42000 vermindert. 1926 war bekanntlich das Jahr des Höchststandes der Wirtschaftskrise.

Im Jahre 1927 geht die Entwicklung wieder aufwärts. Die Betriebe in den in obiger Statistik zusammengefaßten Industriegruppen haben sich 1927 wieder um 676, die der Arbeitnehmer aber um 52040 vermehrt. Die Vermehrung der Arbeitnehmerzahl ist gegen die Vermehrung der Betriebe ziemlich groß. Es hat also offensichtlich eine Entwicklung zum Großbetrieb stattgefunden. Während sich die Betriebe insgesamt um 676 vermehrt haben, haben sich die Großbetriebe um 229 vermehrt. Die größte Vermehrung der Arbeitnehmerzahl ist aber bei den Großbetrieben mit 50 und mehr Arbeitnehmern zu verzeichnen. Im Jahre 1926 betrug diese 118 335 gegen 153 785 im Jahre 1927. Das ist eine Erhöhung von 42 000.

Die Entwicklung im Jahre 1928 ist aus folgender Aufstellung zu ersehen:

Im Jahre 1928 waren vorhanden:

Industrie	Betriebe mit 5 bis 49 Arbeitnehmern			Betriebe mit 50 und mehr Arbeitnehmern			Insgesamt Mittel- u. Großbetriebe mit 5 und mehr Arbeitnehmern	
	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	Zahl der Arbeiterinnen	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeiter	Zahl der Arbeiterinnen	Zahl der Betriebe	Zahl der Arbeitnehmer insgesamt
Gewinnung von Kies, Sand, Ton u. Kaolin	1170	16 012	323	99	7 881	358	1269	24 574
Kalk-, Gips-, Traß- und Zementindustrie	729	11 111	326	248	32 887	1 403	977	45 727
Betonwaren- u. Betonwerksteinindustrie	788	10 085	239	73	6 493	279	861	17 096
Ziegelindustrie und Herstellung sonstiger künstl. Mauersteine	4423	87 055	8185	716	60 090	10 921	5139	166 251
Grobkeramische Industrie	120	2 553	148	117	18 431	1 779	237	22 911
Torfgräberei und Torfabereitung	134	2 005	540	51	5 470	1 083	185	9 098
Summa	7364	128 821	9761	1304	125 252	15 823	8668	285 637

Die Zahl der Angestellten in den einzelnen Industriegruppen ist aus nachfolgender Aufstellung zu ersehen. Die Zahl der Arbeitnehmer überhaupt und getrennt nach Betrieben mit 5 bis 49 und 50 und mehr Arbeitnehmern aus den letzten 3 Rubriken:

Industrie	Angestellte in Betrieben mit 5 bis 49 Arbeitnehmern			Angestellte in Betrieben mit 50 und mehr Arbeitnehmern			Insgesamt Arbeitnehmer		Ueberhaupt Arbeitnehmer
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	in Betrieben mit 5 bis 49 Arbeitnehmern	in Betrieben mit 50 und mehr Arbeitnehmern	
Gewinnung von Kies, Sand, Ton u. Kaolin	730	92	822	467	82	549	17 157	8 788	25 945
Kalk-, Gips-, Traß- u. Zementindustrie	751	117	868	2386	235	2621	12 305	36 911	49 216
Betonwaren- u. Betonwerksteinindustrie	638	204	842	482	164	646	11 166	7 418	18 584
Ziegelindustrie und Herstellung sonstiger künstl. Mauersteine	2946	324	3270	2737	382	3119	98 510	74 130	172 640
Grobkeramische Industrie	192	34	226	1597	251	1828	2 927	22 038	24 965
Torfgräberei und Torfabereitung	72	4	76	229	35	264	2 621	6 817	9 438
Summa	5329	775	6104	7898	1129	9027	144 686	156 102	300 788

Aus vorstehenden Zusammenstellungen geht hervor, daß in der Kalk-, Gips-, Traß-, Zementindustrie, sowie in der Grobkeramischen Industrie und auch in der Torfgräberei und Torfabereitung die Betriebe mit 50 und mehr Arbeitnehmern vorherrschend sind in bezug auf Arbeitnehmerzahlen. In der Kies-, Sand-, Ton- und Kaolin-, sowie in der Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie ist die Entwicklung zum Großbetrieb nicht so vor sich gegangen wie in den anderen Industriegruppen. Der Klein- und Mittelbetrieb herrscht hier noch vor. Die Betriebe und beschäftigten Personen haben wohl in der Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie gegen 1927 eine Steigerung erfahren, und zwar die Betriebe um 34, die der beschäftigten Personen um 692. Die Zahl der Großbetriebe mit 50 und mehr Arbeitnehmern ist aber um 5 zurückgegangen, die Beschäftigten Arbeitnehmer um 212.

In der Ziegelindustrie haben sich gegenüber 1927 die Betriebe um 65, von 5074 auf 5139, die Zahl der beschäftigten Personen von 166 966 auf 172 640, oder um 5674 erhöht. Als Anteil der Großbetriebe mit 50 und mehr Arbeitnehmern entfallen davon 49 Betriebe und 4132 beschäftigte Personen. Hier ist also die Entwicklung zum Großbetrieb deutlich erkennbar. Bedeut man, daß moderne Mauerwerke zur Herstellung von 20 Millionen Steinen nur etwa 40 Leute benötigen, so kann man ein modernes Ziegelwerk mit etwa 50 Leuten schon als respektablen Großbetrieb ansprechen. In der Grobkeramischen Industrie, welche die Herstellung von feuer- und säurefesten Produkten, sowie die Steinzeugindustrie umfaßt, haben sich die Betriebe insgesamt nur um einen, die beschäftigten Personen aber um 1591 vermindert. Die Betriebe mit 50 und mehr Arbeitnehmern haben aber eine Verminderung um 13 erfahren, und die beschäftigten Personen haben sich um 1900 verringert. Ein Zuwachs ist nur in den Mittelbetrieben von 5 bis 49 beschäftigten Personen um 14 Betriebe und 399 beschäftigte Personen zu verzeichnen. Dazu wäre zu bemerken, daß das Jahr 1928 für diese Industriezweige geschäftlich als kein besonders gutes zu verzeichnen war. Einige Stilllegungen von Werken, die auf Rationalisierungsmaßnahmen zurückzuführen werden können, sind wohl auch erfolgt.

In der Kalk-, Gips-, Traß- und Zementindustrie haben sich die Betriebe insgesamt um 4 vermehrt, die beschäftigten Personen sind aber insgesamt um 1297 zurückgegangen. Die Großbetriebe mit 50 und mehr Arbeitnehmern sind um 7 gestiegen, die Arbeitnehmerzahl ist aber um 1188 zurückgegangen. Dies fällt also bei Rückgang der beschäftigten Arbeitnehmer in der Hauptfrage auf die Großbetriebe. Wahrscheinlich ist dieser Rückgang zum größten Teil auf die scharfen Rationalisierungsmaßnahmen in der Zementindustrie zurückzuführen. So wurde von einem Steinbruchbetrieb einer Zementfabrik im Aufzichtsbezirk Mainz berichtet, daß dort mehrere Greisbagger aufgestellt wurden, die 350 Arbeiter entbehrlich machten. Was hier von einer Firma ausnahmsweise berichtet wird, ist in vielen anderen Betrieben der Zementindustrie eingetreten. Auch in der Kalk- und Gipsindustrie macht die Rationalisierung nicht halt. Nebenall ist das Bestreben vorhanden, Maschinen an Stelle von Menschenarbeit zu setzen, wenn das auch nicht in allen Industriegruppen aus den veröffentlichten Zahlen deutlich erkennbar wird.

Wie sich die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen und Betriebsarten im einzelnen vollzogen hat, geben wir in nachfolgender Aufstellung wieder:



Industriegruppe	Jahr	Betriebe mit 5 bis 49 Arbeitnehmern		Betriebe mit 50 und mehr Arbeitnehmern	
		Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Zahl der Betriebe	Zahl der Beschäftigten
Gewinnung von Kies, Sand, Ton u. Kaolin	1927	1081	15 998	100	8 564
	1928	1170	17 157	99	8 788
1928 mehr + oder weniger		+ 89	+ 1159	- 1	+ 224
Kalk-, Gips-, Traß- u. Zementindustrie	1927	722	12 414	241	38 099
	1928	729	12 305	248	36 911
1928 mehr + oder weniger		+ 7	- 109	+ 7	- 1 188
Betonwaren und Betonwerkstein	1927	729	10 262	78	7 580
	1928	783	11 166	73	7 368
1928 mehr + oder weniger		+ 54	+ 904	- 5	- 212
Ziegelindustrie und Herstellung sonstiger keramischer Erzeugnisse	1927	4407	96 968	667	69 998
	1928	4423	98 510	716	74 130
1928 mehr + oder weniger		+ 16	+ 1 542	+ 49	+ 4 132
Grobkeram. Industrie	1927	106	2 428	130	24 028
	1928	120	2 827	117	22 038
1928 mehr + oder weniger		+ 14	+ 399	- 13	- 1 990
Torfgräberei und Torfaufbereitung	1927	157	3 080	44	5 516
	1928	134	2 621	51	6 817
1928 mehr + oder weniger		- 23	- 459	+ 7	+ 1 301

Damit wollen wir mit der Betrachtung über die Betriebe und Beschäftigten der zum Agitationsbereich der Gruppe Grobkeramik gehörenden Industriegruppen schließen und in einem folgenden Artikel auf die Revisionsstätigkeit und Revisionsbefunde, wie sie aus den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbehörden für das Jahr 1928 zu ersehen sind, etwas näher eingehen.

### Verflechtung des Arbeitsmarktes durch die Bimsausfuhr.

In der Rheinischen Bims-Industrie sind durch die noch nicht abgeschlossene Nationalisierung trotz höherer Produktionszahlen gegenüber 1925 rund 25 Prozent weniger Arbeitskräfte beschäftigt. Aber nicht allein die Umstellung in den Betrieben, sondern vor allem die planlose Bimsausfuhr gibt, vom arbeitsmarktpolitischen Standpunkt aus gesehen, zu ernstlichen Betrachtungen Anlaß. Im Regierungsbezirk Koblenz bringt die Bims-Industrie jetzt nicht mehr als 3000 Arbeitern während der Saison Beschäftigung, während 1925 und 1926 noch 4200 bis 4500 Beschäftigte vorhanden waren.

Wenn in früheren Jahren nur in den am Rhein gelegenen Orten Koblenz verladen wurde, so sind heute auch die entferntesten Orte, in denen Bimsvorkommen sind, an der Bimsverladung beteiligt. Die Zunahme ist seit dem Jahr 1920 größer. In einzelnen Orten ist eine Steigerung von 400 Prozent zu verzeichnen. Zum Beispiel wurden an Koblenz

in Venberf im Jahre	1926	8 123 Tonnen
	1927	11 599 "
	1928	33 009 "
bis September	1929	19 880 "
in Trlich im Jahre	1928	88.600 "
in Klaidt im Jahre	1928	63 000 " verladen.

In Ahrst, wo bei normalem Betriebsgange im Jahre 1928 9 Millionen Steine hergestellt wurden, sind im Jahre 1928 für 5 Millionen Steine Koblenz verladen worden. Das in einem Orte, der noch abwärts liegt, also ausschließlich auf Bahnfracht angewiesen ist. Nicht allein in den angeführten Orten, sondern insbesondere in Engers, Neuwied und Jähr und linksrheinisch in Armitz, Weipertum mit Nettig und Andernach ging in diesem Jahre die Bimsverladung per Schiff so gut, daß sich die vorher genannten Zahlen teilweise noch verdoppeln.

Welche Beschäftigungsmöglichkeiten hierdurch für die hiesige Arbeitererschaft verloren gehen, soll an nachstehendem Beispiele gezeigt werden. Legt man bei normaler Arbeitszeit durch Anfertigung von Sand pro Tag 800 Steine als Normalleistung zugrunde, so ist das bei einer Beschäftigungsdauer (Saison) von 180 Schichten eine Jahresleistung von 144 000 Steinen. Zur Herstellung von 1000 Steinen werden 3 cbm Bims verbraucht, also zu 4000 Steinen 10 Tonnen Bims. Legt man nunmehr Venberf mit einer Verladung von 33 009 Tonnen im Jahre 1928 zugrunde, so hätten in diesem Orte allein 91 Arbeiter 30 Wochen lang 41 RM verdient, aufstakt unter Umständen die Gemeinde mit Wohlfahrts- oder anderer Unterstützung zu belasten. Da Venberf aber nur einen ganz geringen Teil der Gesamtzufuhr darstellt, ist nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, daß auf diese Weise 1200 bis 1300 Arbeiter in Regierungsbezirk hätten Arbeit und Brot finden können. Dieser Einnahmeausfall macht sich nicht allein in den Arbeiterfamilien bemerkbar, sondern es wird auch die Gemeinde und der gesamte Handel davon betroffen. Deshalb muß es Aufgabe der in Frage kommenden Regierungsstellen sein, sich einmal näher mit der Bimsausfuhr zu befassen, die, soweit das Inland in Frage kommt, nicht unterbunden, wohl aber eingeschränkt, für das Ausland aber stark gedrosselt werden muß. S. Wädge.

### Die größte deutsche Zementfabrik.

Vor längerer Zeit war von uns bereits gemeldet, daß die Firma Widningwerke den Bau einer Zementfabrik im Neuwieder Gebiet beabsichtigt. Diese Pläne haben bereits reale Gestalt angenommen, indem der Bau schon voll im Gange ist. Das neue Zementwerk soll eine Leistungsfähigkeit von 1600 Tonnen täglich erhalten.

Wie die Fachpresse sich ausdrückt, soll das Werk die größte Zementfabrik in Deutschland werden. Warum bei der Ueberproduktion von neuen Zementwerken, deren Niedrigung sich der Westdeutsche Zementverband mit allen Mitteln angelegen sein läßt, soweit es Außenleiter betrifft, nun eine Mitgliedsfirma wegen Verbandes ein neues, und zwar eines, welches das größte in Deutschland werden soll, baut, kann man aus Neuherungen von H. v. Pampels, des Generaldirektors obigen Konzerns, entnehmen, die er anlässlich einer Besichtigung der Betonbauten des neuen Werkes gemacht hat, und zwar folgende:

„Die Werke des Westdeutschen Zementverbandes liegen allgemein im nordöstlichen Teil des Bezirks, während das Hauptabgabegbiet am Rhein und Ruhr liegt. Von dem Neuwieder Werk aus hofft man vor allem die Schwemmschmelzindustrie des Neuwieder Beckens aus nächster Nähe mit Zement versorgen zu können. Diese Industrie verbraucht jetzt rund 200 000 Tonnen Zement jährlich, und es ist anzunehmen, daß diese Menge in den kommenden Jahren sich mit dem allgemeinen Aufschwung der Schwemmschmelzindustrie erhöhen wird.“

Daraus kann man entnehmen, daß der Widning-Konzern mit der Erzeugung an die Verbrauchsstellen heranrücken will. Frachtillich soll das Werk äußerst günstig liegen, auch für die ausländischen Absatzmärkte. Das Werk soll bereits zur nächsten Bauzeit fertiggestellt sein. Aus diesem Grunde sind auch zum Bau die modernsten Baumaschinen eingesetzt. Förderbänder, Kreflüßgeräte, Biegemaschinen für die Einrichtung der Montier-eisen, Betonpfeilstürme, Drehsturmlane usw.

Der Bau dieser neuen, und zwar der als größten deutschen Zementfabrik bezeichneten, fällt in den Rahmen der Nationalisierungsmaßnahmen hinein. Zur gleichen Zeit, wo diese Fabrik gebaut wird, sind Preknoten erdienen, wonach wieder einige Werke stillgelegt sind oder noch werden. Darunter befinden sich auch solche, die dem Widning-Konzern angehören. Rücksichtslos werden Werke stillgelegt, wenn den Unternehmern die Werke nicht mehr rentabel genug erscheinen; dafür werden immer modernere Werke an dafür geeignet erscheinenden Plätzen errichtet, die mehr Profit versprechen.

Es ist als selbstverständlich anzunehmen, daß die neue Zementfabrik mit den neuesten Handarbeit sparenden Maschinen ausgerüstet wird. Soudso viel Zementarbeiter werden wieder aus dem Produktionsprozess hinausgeworfen. Meist sind es schon ältere Arbeiter, welche von den Nationalisierungsmaßnahmen betroffen werden, die sehr schwer wieder anderweitig Arbeit erhalten. Wenn dann durch die große Arbeitslosigkeit die Summen für Arbeitslosen- und sonstige öffentliche Unterstützungen immer größer werden, wird noch von den Vertretern der Unternehmer gegen die „hohen“ sozialen Lasten gewettert.

Von großem Interesse ist noch, daß gerade der Widning-Konzert ein wichtiger Faktor im Westdeutschen Zementverband ist. Der Endbilanzvertrag ist zum Jahreschluß gefälligst, und Verhandlungen zwecks Erneuerung haben wahrscheinlich schon stattgefunden. Schon in den letzten Jahren sind große

### Gau Sachsen.

Die Tätigkeit der Arbeiterinnen-Agitationskommission im Gau Sachsen war Gegenstand eingehender Beratungen am Sonntag, dem 10. November, im Volkshaus zu Leipzig. Die Zahlstellen Baun, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Heidenau, Wurzen, Meißen, Freiberg, Zwickau und Riesa waren durch Kolleginnen als Delegierte vertreten. Auch die verantwortlichen Bevollmächtigten der betreffenden Zahlstellen sowie die Gauleitung und Kollegin Zammert vom Hauptvorstand waren anwesend.

Grundräßliche und praktische Erwägungen hatten die Gauleitung in Sachsen bestimmt, auch ein Arbeitsprogramm vorzulegen, dessen positive Auswertung in den einzelnen Zahlstellen erwartet werden kann. Kollegin Zammert vertrat in ihren Ausführungen den Standpunkt, daß sich die ganze Mitgliederwerbung unter den Arbeiterinnen auf einer festeren, soliden Basis entwickeln müsse. Zu einer erfolgreichen Verarbeitung unter den Frauen sei es vor allem nötig, daß die Zahl unserer Funktionärinnen gesteigert wird. Viele Situationen in Betrieben, und besonders die so wichtigen Arbeiterinnen-schubbestimmungen können gute gewerkschaftsorganisatorische Auswertung finden. Natürlich gehört dazu auch Schulung und Verammlungsleben, aber parallel mit den Versammlungen muß auch Betriebs- und Hausagitation stattfinden, an denen sich die Funktionärinnen intensiv beteiligen müssen. Auch in anderen Gauen gibt es Ver-juche zu intensiverer, planmäßiger Mitgliederwerbung in Arbeiterinnenkreisen. Es sei zu wünschen, daß die sächsische Arbeiterinnen-Agitation gute Erfolge bringe und als gutes Beispiel in der Gesamtorganisation dienen kann.

Der Gauleiter, Kollege Hüppner, erläuterte die von ihm formulierten und vorgelegten Richtlinien und ging auf die sich den Zahlstellen entgegenstellenden Schwierigkeiten ein. Er schlug die Abhaltung eines Sonderlehrgangskurses für die Funktionärinnen im Gau vor und gab Anregungen für bessere Erziehung der noch unorganisierten Kolleginnen.

An der Aussprache beteiligten sich eine ganze Reihe Kolleginnen sowie Kollege Grisebach von der Gauleitung und einige Bevollmächtigte mit großem Interesse. Es kam besonders zum Ausdruck, daß man zweckmäßige und sicherlich wertvolle Schulungskurse auch in Form von Wochenendkursen im Gau arrangieren könne. Kollegin Zammert wurde beauftragt, beim Vorgieren könne. Kollegin Zammert wurde beauftragt, beim Vorstand dahin zu wirken, daß diese Kurse die Unterstützung des Vorstandes finden. Mit der Annahme des nachstehenden Arbeitsprogramms haben die sächsische Zahlstellen sich eine zentrale Regelung, und öffentlich auch bessere Durchführung der Frauenagitation geschaffen, die Erfolg verspricht — wenn auch wirklich gearbeitet wird.

#### Arbeitsprogramm:

- Um die vielseitigen Interessen der Arbeiterinnen in den für unjeren Verband zuständigen Betrieben zu fördern, dieselben dem Bewußtsein der Arbeiterinnen näher zu bringen und eine nachdrückliche Vertretung zu ermöglichen, ist die Schaffung eines Funktionskörpers unerlässlich.
- In dem Bestreben, die auf dem Hamburger Verbandstag angenommene Entschliessung B 13 verwirklichen zu helfen, bilden die Zahlstellen im Gau VII, Freistaat Sachsen, die Arbeiterinnen-Gaukommission.
- Nimmer sind die Fragen der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterinnen sehr eng mit der Möglichkeit zunehmenden gewerkschaftlichen Schutzes verbunden.
- Mit Erfassung und Organisierung der Kolleginnen gehört auch das Problem der zweckmäßigen Heranbildung von Funktionärinnen zu den wichtigsten Aufgaben.
- Im Kampfe gegen den gewerkschaftlichen Indifferentismus übernehmen wir die Verpflichtung, im besonderen Maße das Klassenbewußtsein der Arbeiterinnen zu fördern und Aufklärung durch Wort, Schrift und Bild in der zweckmäßigsten Form zu leisten.
- Eine gut durchdachte, zielklare und lebendige Agitation zur Gewinnung der noch fernstehenden Fabrik- und Heimarbeiterrinnen ist notwendig.
- Aufgaben der Arbeiterinnen-Gaukommission.
- An der Erfüllung der Aufgaben haben die Kolleginnen der Kommission nach Kräften mitzuwirken. Sämtliche Mitglieder sind mit gleichen Rechten ausgestattet. Die Leitung der Sitzungen übernimmt die Gauleitung. Sie kann auch besonders geeignete Personen hiermit betrauen.
- Die Kommission hat in der Föhrung und Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Interessen der weiblichen Verbandsmitglieder ihre wichtigste Aufgabe zu erfüllen. Der Zweck soll erreicht werden durch:
  1. Verbreitung der Agitation unter den Arbeiterinnen.
  2. Sammlung von Adressen unorganisierter Arbeiterinnen in den uns zuständigen Betrieben zur Weitergabe an die Zahlstellenleitungen.
  3. Beteiligung an den Arbeiter- und Betriebsratswahlen und Aufstellung der Kandidatinnen.
  4. Schaffung eines Vertrauenskörpers der weiblichen Funktionäre in allen für uns zuständigen Betrieben.
  5. Teilnahme an der Hausagitation.
  6. Verbreitung von Aufklärung über alle zum Schutze der Arbeiterin bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften.
  7. Erstattung von Gutachten an die Zahlstellen über geeignete Agitationsmaßnahmen unter den Arbeiterinnen allgemein oder in besonderen Industriegruppen.
  8. Heranziehung geistig reiferer Kolleginnen zur Mitarbeit.
  9. Durchführung von Schulungskursen im Einverständnis mit den Zahlstellenleitungen für die Kolleginnen.

Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, um eine Verlagerung des Syndikatsvertrages zu erzielen. So ist er immer nur von Jahr zu Jahr verlängert worden. In der Nachweise ist immer mitgeteilt, daß die größten Schwierigkeiten von Widning aus zu verzeichnen gewesen seien. Die Schwierigkeiten werden dadurch, daß Widning nun ein großes neues Werk baut, nicht geringer werden. Man darf auf den Ausgang der Verhandlungen zwecks Erneuerung des Syndikatsvertrages sehr gespannt sein.

Wenn die Errichtung von neuen Werken eine große Verbilligung des Produktes im Gefolge hätte, würde gegen die Stilllegung von Werken, die nicht mehr ganz dem neuzeitlichen Stand der technischen Einrichtungen entsprechen, nicht viel einzuwenden sein. Eine Verbilligung würde eine Steigerung des Absatzes und dadurch eine Vermehrung der Produktion zur Folge haben. Dann hätte die Nationalisierung auch einen vernünftigen Sinn bekommen. Bis heute hat sie diesen noch nicht.

### Demagogie oder was?

„Gut Brand“, das fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende christliche Lippesieglerblättchen, leistet sich in seiner Nr. 24 vom 23. November 1929 unter der Ueberschrift „Wanderziegler lehren heim“ wieder ein auf den Dummenfang berechnetes Demagogentstückchen. Es schreibt folgenden Satz:

„Die Arbeitslosenunterstützung, einstens unter dem Reichsarbeitsminister Dr. Braun auf eine angemessene Höhe gebracht, ist schon zweimal unter dem jetzigen Reichsarbeitsminister für die Wanderarbeiter wesentlich verschlechtert worden.“

Unsere Meinung zu den christlichen Agitationsmethoden ist bereits in Nr. 45 „Keramischer Bund“ vom 9. November d. J. geäußert. Wir können also nur zu dem neuesten Stückchen sagen: „Niedriger hängen!“ Ziegler, welche denken können, wird „Gut Brand“ damit nicht fangen.

10. Heranbildung von weiblichen Referentinnen zur Uebernahme von Arbeiterinnenversammlungen.
11. Sammlung von Material über gesundheitschädliche Arbeit der Arbeiterinnen.
12. Beschlußfassung über Veranstaltungen, die dem Wesen der weiblichen Mitglieder entsprechen.

### Sitzungen der Arbeiterinnen-Gaukommission.

Die Sitzungen finden nach Bedarf zunächst mindestens monatlich einmal statt. Einberufen ist die Gauleitung. Der Tagungsort wird in jeder Sitzung für die nächste Sitzung bestimmt. In Ermangelung eines solchen Beschlusses, oder wenn besondere Umstände es geboten erscheinen lassen, bestimmt die Gauleitung den Tagungsort. Die Sitzungen finden in der Regel Sonntags statt. Die Einladungen sollen mindestens vier Tage vorher im Besitz der Kommissionsmitglieder und der Zahlstellen sein. Die Kommissionsmitglieder sollen von etwaiger Verhinderung an der Teilnahme der Sitzungen ihre Zahlstellenleitung unterrichten, damit diese in der Lage ist, Stellvertreter zu entsenden.

### Anduldsamkeit der Halleischen Knappschaft.

Das Knappschaftsmitglied G. aus Tiefenort machte Ansprüche auf Pension geltend. Er bekam vom Knappschaftsverein die Aufforderung, sich im Krankenhaus Weicheroberdorf untersuchen zu lassen. Der Oberarzt Dr. Schulze stellte in seinem Gutachten u. a. fest: „Urin ohne Eiweiß und Zucker.“

G. erklärt, daß sein Urin nicht untersucht worden sei, aus diesem Grunde könne das Gutachten nicht stimmen. Er wandle sich an seine Organisation. Der Geschäftsführer des Fabrikarbeiter Verbandes Abel in Salzgarden forderte von Herrn Dr. Schulze Aufklärung. Dr. Sch. verwarf sich gegen den Vorwurf leichtfertiger Beugachtung und kam nach weiterem Schriftwechsel dazu, unterm 25. Februar 1929 Strafantrag gegen Abel wegen Beleidigung zu stellen.

Gleichzeitig wandte sich die Halleische Knappschaft mit Schreiben vom 21. Februar 1929 an den Oberstaatsanwalt. Die Halleische Knappschaft hatte es also noch etwas eiliger als der Beleidigte selbst. Vielleicht ergibt sich das auch aus den Gründen, die der Staatsanwaltsschaft unterbreitet wurden. Unter anderem schreibt die Halleische Knappschaft:

„Die Erhebung der öffentlichen Lage im öffentlichen Interesse dringend geboten. Die in den Briefen enthaltenen schweren Beleidigungen und Herabwürdigungen des Oberarztes treffen nicht nur rein persönlich, sondern auch in seiner besonderen Stellung als leitender Arzt eines öffentlichen Krankenhauses. Die Halleische Knappschaft, in deren Diensten der Oberarzt in Weicheroberdorf steht, ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft.“

Es ist gar nicht abzusehen, welche Beunruhigung in die gesamte Bergarbeiterchaft Mitteldeutschlands hineingetragen werden könnte, wenn der Ruf des Oberarztes und damit des Krankenhauses Weicheroberdorf weiter, wie es geschehen ist, untergraben wird. Weiter hat das Krankenhaus Weicheroberdorf auch in zahlreichen Fällen sein Urteil über die Arbeitsfähigkeit von Bergarbeitern in Krankheitsfällen abzugeben, so daß an diesem Urteil nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber außerordentlich interessiert sind.

Schließlich ist für die gesamte Bevölkerung der weitesten Umgebung von Weicheroberdorf der Ruf eines in ihrer Mitte gelegenen öffentlichen Krankenhauses, das jeder einzelne in Anspruch nehmen kann, von größter Bedeutung.

besonders haben auch ein Interesse daran die anderen öffentlichen Krankenhäuser, denen die gleichen Aufgaben bei der Durchführung der Sozialversicherung zugewiesen sind und die denselben Anarissen ausgesetzt sind. Es ist dringend erforderlich, daß die an so hervorragender Stelle stehenden Ärzte, die in dieser Eigenschaft die gesetzlichen Aufgaben der Sozialversicherung zu erfüllen haben, vor derartigen halsbrennenden Aufwindungen von den staatlichen Organen besonders geschützt werden.“

Unterschieden ist diese Eingabe: Die Verwaltung der Halleischen Knappschaft, Wittner und Wobmann.

Nach der einschlägigen Vernehmung wurde unserem Kollegen Abel von der Staatsanwaltschaft folgendes eröffnet:

„Zunieweit durch Befundungen beider erwähnten Gegenzeugen der Wahrheitsbeweis, daß Dr. Affor (ein mitunterzeichnender Arzt) — etwa im Trance der Weicheroberdorf — urrichtige, tatsächliche Entschlüsse hat, als erbracht anzusehen ist, mag immerhin dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle kommt dem Beschuldigten bei dieser Sachlage der Schutz des § 193 StGB, (berechtigte Interessenwahrnehmung) zugute, der auch bei nicht bzw. nicht ausreichend erbrachten Wahrheitsbeweisen Platz greift. Der Beschuldigte als Hilfsleiter des Fabrikarbeiter Verbandes Deutschlands vertritt die Interessen der betreffenden Arbeiter. Er erhebt die Verwirre in Engagen an Sie als Oberarzt des betr. Krankenhauses — an Oberbergamt Clausial als Berufungsinstanz und die West-Fürst. Knappschaft als Rentenstelle und überreicht, so schon stellersweise Artikel geübt wird, doch nirgends die noch erlaubte Grenze berechtigter Interessenwahrnehmung. Es liegt also keine strafbare Handlung vor.“

Bei diesem einfachen Tatbestand wird der Leser selbst Parallele ziehen können zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Träger der Knappschaftsversicherung. Er wird ohne weiteres herausfinden, wer hier sozialer einsteht ist und wer in der Lage ist, soziale Notwendigkeiten zu würdigen.



# UNTERHALTUNG UND WISSEN

## Um das Kind.

Von Friedrich Karl Kellermann. (Nachdruck verboten.) (11. Fortsetzung.)

XXII.

Einige Minuten saßen sie sich stumm gegenüber. Van Loo suchte lange vergeblich nach Worten. Schließlich kam ihm Hella zu Hilfe:

„Wir haben uns eigentlich schon alles geschrieben“, begann sie resolut, „es ist vielleicht gar nicht mehr so viel, was uns zu sagen übrig bleibt — meinst du nicht auch?“

Er nickte: „Das Beste, das Geheimste, das Beste kann man meist nicht sagen, so bleibt das Wichtigste oft unausgesprochen, dennoch will ich es versuchen.“

Er hobte einen Augenblick, dann fuhr er leise fort: „Ich glaube, daß ich ohne dich nicht mehr leben kann, Hella, ja, ganz gewiß, so ist es. Ich fühle es nur zu gut, wie sehr du mir fehlst, überall, überall... Du weißt sicher nicht, was du mir warst, was du mir bist... die letzte Erfüllung, die restlose Ergänzung meines Seins.“

Sie senkte den Blick und schämte sich. „Ich habe dich lieb, ich liebe dich, ich liebe dich...“

„Ich bin ganz aus meiner Bahn geworden, seit du mich verlassen hast. Es ist, als ob ein Sturm mich entwurzelt hätte. Ich fühle, daß ich mich nicht weiter entwickeln, nicht wachsen kann. Ich bin unfähig, zu arbeiten.“

„Nur in der Wechselwirkung mit dir kommen mir lebendige Gedanken, nur an deiner Seite erfahre ich, was Schaffen heißt.“

„Ohne dich, das weiß ich, wird mir keine fruchtbringende Erkenntnis beschieden sein, nichts wird mir mehr gelingen.“

Hella überkam ein weiches Gefühl, aber sie wies es von sich, sie durfte nicht schwach sein. Ernst redete sie auf ihn ein: „Das ist ganz gewiß nicht so, wie es dir augenblicklich scheint, nein, so kann es nicht sein.“

„Freilich hast du unter den Ereignissen schwer gelitten... Ich habe dir großen Kummer und Schmerz bereitet — bereiten müssen.“

„Das hat dich vielleicht krank gemacht... Aber du wirst, du mußt es überwinden — wie auch ich es überwunden habe.“

Er schüttelte traurig den Kopf. „Erwarte diese Art nicht von mir“, sagte er leise, „du barmhertzig es vielleicht, denn du bist stark...“

„Welche Einbildungen, welche Torheit!“ warf sie mit gewollter Unbetheiltheit ein, obwohl sie innerlich zitterte, „wie war es anders, ehe wir uns kannten?“

„Ehe wir uns kannten, ja wohl — aber nicht jetzt... Ich bin nicht mehr der, der ich war. Seit du in mein Leben trittst, wurde ich ein anderer.“

„Sella“, rief er plötzlich leidenschaftlich aus, „verlaß mich nicht!“

„Es ist mein Ende, mein Tod, wenn du von mir gehst.“

„Stelle jede Bedingung“, flüchelte er bebend, „ich will sie erfüllen.“

„Das Kind! Dieses Wort weckte sie auf. Nervös entzog sie ihm ihre Hand und wich zurück.“

„Mein — nicht weiter!“ warf sie ab, „das ist unmöglich.“

„Alle diese Wünsche sind unerfüllbar...“

„Er sank leidend in sich zusammen.“

„Doch Hella richtete sich auf. Das bittere Gefühl in ihr wuchs, die Enttäuschung ihres Ehelebens forderte einen Ausbruch.“

„Nimmer du und immer du!“ flüchelte er erregt hervor, „einst die jetzt... Du brauchst mich, darum darfst du fordern.“

„Bei Gott, du forderst viel... Verzicht und Entsaugung und mehr, viel mehr noch als das...“

„Und ich? Und ich? Hatte ich keinen Anspruch? Kein Recht? Durfte ich nichts erwarten? Keinen Schatten von Glück?“

„Was ist das für eine Frage?“

„Man hätte mich darüber aufklären müssen...“

„So aber, mein — das mehr als das...“

„Hätte ich alles vorher gewußt, ich würde mich anders entschieden haben...“

„Das war die Ursache...“

„Van Loo atmete schwer, sein krankes Herz arbeitete fast über die Kraft, er griff an seine Brust, presste fest die Hand in die Seite.“

„Du triffst mich tief“, sagte er endlich mühsam, „aber es ist wahr, du hast ein Recht, so zu sprechen...“

„Ich durfte nicht so handeln, wie ich getan...“

„Es gibt dafür keine Vergebung, keine Gnade...“

„Ich trage die Schuld und büße sie...“

„Er schmeckte erschöpft, seine Stirn war feucht.“

„Aline winkte, und Hella folgte ihr. Sie traten in das Zimmer, in dem van Loo ausgestreckt auf dem Diban lag.“

„Da —“, sagte Aline, „es ist aus.“

„Sie richtete das verflörnte Gesicht, den fast irren Blick haferfüllt auf Hella, die sich, noch ganz benommen, kaum aufrecht hielt.“

„Du hast erreicht, was du wolltest“, flüchelte ihre zitternde Stimme, „er ist tot!“

„Entsetzt wich Hella vor ihr zurück.“

„Wie darfst du —?“

„Du hast ihn getötet, ich weiß es wohl!“ beharrte Aline.

„Sprich nicht so“, bat Hella verzweifelt, „du redest irre...“

„Du bist am Ziel“, flüchelte sie nachdrücklich, „du bist am Ziel.“

Hella wandte sich ab, trat zu dem Toten und glitt fassungsgelöst an dem Lager nieder.

„Vergib mir“, schluchzte sie immer wieder, „vergib mir!“

XXIII.

Am nächsten Tage wurde sie ruhiger. Aline näherte sich ihr in hilfsbereiter, verständlicher Haltung, der böse Blick war verschwunden. Sie atmete auf.

Aline berichtete von dem Urteil des Arztes, das auf Herzschlag lautete. Kein seltener Fall, wie er meinte, bei der Art dieses organischen Leidens. Der einzige Trost sei der leichte Tod.

Aline hängte Hella auch die Schlüssel zum Schreibrüchlein ein. Sie verschwie, daß sie länger als die halbe Nacht die Bücher durchsucht, aber nicht viel mehr als die halbe Manuskripte gefunden hatte. Nun beehrte sie, Hella ihr Vertrauen zu belohnen, indem sie ihr die Schlüssel übergab.

Hella wollte ablehnen, doch sie brangte, die Papiere zu ordnen. In ihrem Weisheit sichtete Hella also den Nachlaß.

Es waren meist wissenschaftliche Aufzeichnungen, dann einige geschäftliche Sachen, alles gut verwahrt und geordnet. Ein Testament fand sich nicht vor.

Beim Durchblättern der Papiere fielen ihr dagegen einige tagebuchartige Niederschriften in die Hände, in denen sie länger las. Mit Andacht und Mühsamkeit. So hieß es an einer Stelle:

„Ich höre auf, mich selbst zu verachten, als ich anfang, mich selbst zu verstehen... Die Natur will mich nicht anders als ich bin. Wer bin ich in ihrer Hand? Eine Zahl, mit der sie operiert, etwas zu berechnen.“

Sie hat mich gerade an diese Stelle geführt, um dem ehrsüchtigen stummen Kreise, deren Mittelpunkt ich bin, zu zeigen, wie sie den Krampf, der ihre Geistesfreiheit übertritt. Ich bin nicht mehr als ein Versuchsanfänger.“

„Ich habe in meiner Jugend, als ich aus schlichtfarbenen Hauben etwa ein prächtiges Pflanzenauge zog, mich oft geärgert, wenn der Buppe mit den silbernen Punkten ein Schwarm Schlupfwespen entflo.“

„Die Natur hat von Anfang an einen Teil ihrer Geschöpfe zum Leben, den anderen zum Untergang bestimmt. Beides natürlich auf die Zeitspanne etwa hin geignt, die wir ein Menschenleben nennen.“

„Darum laubte sie zu der kaum zum Leben erwachten Raupe das tödliche Insekt, ja, schon zu dem lebensbergebenden Ei.“

### Die Zahl der Deutschen

auf der Erde versucht Albrecht Wirth in seiner „Deutschen Geschichte von 1870 bis zur Gegenwart“ (Verlag Alfred Kröner, Leipzig) abzuzählen. Zunächst Deutschland selbst: zur Zeit des Arminius 5 Millionen, zur Zeit Luthers 15 Millionen. Nach dem Dreißigjährigen Kriege war diese Zahl fast zur Hälfte gesunken, so daß man die Bevölkerung Deutschlands nur noch auf 5 bis 8 Millionen schätzte. 1720 waren es 16 Millionen, 1800 24 Millionen. Die Zahl der Deutschen, die am 1. Dezember 1871 in dem neu gegründeten Reich wohnten, belief sich auf 41,1 Millionen. 1880 waren es 45,2 Millionen, 1890 49,4 Millionen, 1900 56,4 Millionen, 1910 64,9 Millionen, am 1. Juli 1914 67,8 Millionen. Die Volkszählung in dem verkleinerten Deutschen Reich ergab am 6. Juni 1925 mit dem Saargebiet 63 225 000 Seelen. Der Krieg brachte einen Verlust von rund 2 Millionen, dem jedoch Geburtenüberschüsse von rund 2 1/2 Millionen gegenüberstanden. In dem stammesverwandten Österreich wohnen gegenwärtig 6,6 Millionen Menschen, darunter sind aber annähernd 1/2 Million Juden, Hunderttausende von Tschechen und eine Anzahl von Mitteleuropäern anderer Nationen. In der Tschechoslowakei leben 3,3 Millionen Deutsche, in der Schweiz 2,6 Millionen; die Zahl der Deutschen in Polen schätzt man auf 2 Millionen, in Jugoslawien auf 1 1/2 Millionen, in Rumänien auf 1 Million, in Südbanien auf über 1/2 Million, in Ungarn auf 1,55 Millionen, auf ebensoviele in Frankreich; in Italien gibt es annähernd 1/4 Million Deutsche. Geringere Mengen leben in Belgien, Holland, Dänemark und anderen Staaten. Die Schätzungen für die Vereinigten Staaten schwanken zwischen 3 und 10 Millionen. Kanada zählt 400 000, Brasilien 600 000, Argentinien 80 000, Chile 35 000, Mexiko 30 000. In Südafrika zählte man früher gegen 40 000 Deutsche, in Australien 100 000. Die heutigen Küstern stehen nicht fest, ebenso wenig wie die von Sibirien, wo es früher 120 000 Deutsche gab. Im ganzen glaubt Wirth die Gesamtzahl aller Deutschen auf der Erde mit 90 bis 95 Millionen angeben zu können.

### Die Millionenstädte der Erde.

Nach zuverlässigen Schätzungen hat auf Ende 1929 London rund 6 1/2 Millionen Einwohner, New York 7 Millionen. Diese beiden führen. Dann kommt Berlin mit 4,2 und Chicago mit 3,1. Paris mit 3 Millionen Einwohnern, Moskau und Osaka je 2,2 Millionen, Philadelphia und Tokio je 2,1, Wien 1,9 und Los Angeles 1,8. Petersburg 1,7 und Rio de Janeiro je 1,6 Millionen. Bei 1,2 stehen gegenwärtig Barcelona, Detroit, Lairo; bei 1,1 sind Shanghai, Hamburg, Glasgow, Birmingham angelangt. Eben die Millionenengrenze überschritten haben Mailand, Budapest, Sidney, Warchau. Ungarn, so weitere Städte auf unserem Globus „abirieren“ darauf, im Laufe des nächsten Jahrzehntes in die Liste der Millionenstädte einzutreten. — Alle angegebenen Zahlen sind Schätzungen, da die meisten Orte seit 1920 keine Zählungen, sondern nur Fortschreibungen besitzen.

### Die Bevölkerung der Erde.

Im Jahre 1916 betrug die gesamte Bevölkerung der Erde 1600 Millionen Seelen, in 1920 1790 Millionen, und in 1924 1894 Millionen. Stellt man die Bevölkerung von 1910 auf 100, dann war sie in 1920 111 und in 1924 117. Auffallend ist von 1910 bis 1924 der große Unterschied in der Zunahme der Anzahl Einwohner in den verschiedenen Weltteilen. Eine Zunahme, die nicht allein eine Folge des Geburtenüberschusses ist, sondern auch mit der Auswanderung und Einwanderung zusammenhängt. Die Bevölkerungszunahme betrug für Amerika 26 Proz., dann folgen Asien, Ozeanien, Afrika, und zum Schluß Europa mit 3 Proz. Im Jahre 1924 betrug die Anzahl Einwohner auf einen Quadratkilometer in Europa 43,2; in Amerika 5,2; in Afrika 4,8; in Asien 24,3.

Darum imbit sie dem Menschenleibe den Krankheitsstoff ein, macht ihn empfänglich für Einsüßte, die den Wunderbau zerstören, nachdem sie ihn kaum errichtet. Das Geißel, das Reformator von Genf in Himmel und Hölle suchte, es offenbart sich in der kleinste Nabe.

„Natur, du bist liebevoll, wo man dich hart schilt, voll Leben, wo du teilnahmslos schienst. Nur die, die nicht zu deinen Tiefen hinabgestiegen sind und deine Gehebe nicht verstehen, weil sie stumm sein wollen, nennen Herzlosigkeit deine ewige große Güte.“

„Und die Natur ist gerecht. Sie hat keine Binde vor den Augen, wie die Gerechtigkeit der Menschen. Sie braucht sie nicht. Ihr Urteil ist unbestechlich und ihr Gewissen ruhig und rein. Schuldlos läßt sie ihre Sonne strahlen über den Feldern, die sie mit glühender Lava ausgefüllt hat, über zerstörten Städten, erschlagenen Völkern.“

„Wir Menschen sind im eigenen Hause noch immer nicht genug bekannt, wir kennen unsere eigene Mutter nicht einmal.“

„Die Natur ist gerecht. Sie pflanzte den Todgeweihten den Selbsterhaltungstrieb ein, den wir gewöhnlich Hoffnung nennen. Sie gibt ihm jene Augenblicke, in denen die Vergangenheit mit ihrem ganzen Wissen vor seinen leuchtenden Augen in Nebel zerfließt — und wieder jene, die ihn das ernste Antlitz der Wahrheit mit den milden Augen ohne Wangen sehen lassen.“

„Sie rüft vor allem diejenigen zu sich zurück, die ihre Gebote übertraten oder nicht halten konnten, weil sie selbst sie dazu zwang. Sie nimmt mit weiten Armen in sich die Wunden auf und macht sie dem wieder gleich, was sie ehehem waren.“

„Sie las nicht weiter, ihr Blick verdunkelte sich, lange saß sie reglos und schweigend. Endlich raffte sie sich auf. leate die Papiere sorgfältig wieder an ihre Stelle und verschloß still die Lade.“

„Es gab jetzt viel zu tun und sie ergriff die Gelegenheit, sich durch Arbeit von ihren schweren Gedanken zu befreien. Nur nachts, wenn sie schlaflos dalag, lasteten die dunklen Stimmungen quälend auf ihrer Seele. Erst der anbrechende Tag brachte ihr jehesam die Erlösung. Sie schlüchelte aufatmend in die heilsame Tätigkeit.“

Am Morgen des dritten Tages erhielt sie einen Brief von Karl Eich, eine etwas vorwurfsvolle Anfrage unter Freifügung von Zeitungsabschnitten, die das jähe Ableben van Loo behandelten. Es waren nur kurze Nachrichten, ohne besondere Aufmerksamkeit — freilich konnte der Wissende manches zwischen den Zeilen lesen. Immerhin ergab sich kein Grund zur Beunruhigung.

Hella schrieb ihm rasch ein paar Worte, wie sie unter dem Druck der Ereignisse noch nicht einen Augenblick Ruhe und Besinnung gefunden, und kündigte im übrigen einen ausführlichen Brief für die nächste Zeit an.

Am gleichen Tage trafen die Verwandten aus Bremen ein, das Haus wurde voll, die Besuche von teilnehmenden und neugierigen Bekannten häuften sich. Hella war der Ertrübung nahe, als der Tag der Bestattung anbrach, dieser Tag, den sie gleicherweise fürchtete und herbeisehnte.

(Fortsetzung folgt.)

### Literarisches.

„Soziale Bauwirtschaft.“ Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe. Berlin S 14, Inselstraße 6. Bezugsgebühr monatlich 75 Pf., Preis für einzelne Nummern 90 Pf. Zu haben bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Inselstraße 6.

Die Nummer 23 vom 1. Dezember 1929 enthält u. a. den Geschäftsbericht soziale Baubetriebe, die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit in Preußen. Amtliche Feststellung über Verwendung der Haussteuer usw. Interessenten wollen sich an die obengenannten Adressen wenden.

„Die Ketzerbibel.“ Waitersammlung für den kämpfenden Freidenker. Von Hugo Eiferth. 5. Auflage, 1929. 31.—35. Tausend. Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustraße 41. 352 Seiten Umfang. Holzfreies Papier. In Leinen gebunden 5 RM.

Im neuen, besseren Gewande erscheint jetzt wieder auf dem deutschen Büchermarkt Hugo Eiferths „Ketzerbibel“. Der durchschlagende Erfolg, den das Buch trotz aller Unzustände mit seinen früheren vier Auflagen zu verzeichnen hatte, hat Verlag und Verfasser ermutigt, am neuen Absatz in fortschrittlich eingestellten Kreisen zu arbeiten. Es kann nicht die Absicht des Verlages und nicht die des Verfassers sein, jemanden, der sich noch nicht zu einer freien Weltanschauung durchgerungen hat, zur Lektüre dieses Buches zu veranlassen, um ihn „in seinen Gefühlen zu verletzen.“ Wohl aber darf gesagt werden, daß das Buch gerade jenen Arbeitern, die abseits der Kirche und ihrer Weltanschauung ihren Weg gehen und als freie Menschen auch ihr Leben beschließen wollen, wertvolle Anregungen und Wissensergänzungen geben wird. Es darf erwartet werden, daß sich das Buch im jetzigen Gewande zahlreiche neue Freunde in der großen Geistesgemeinschaft der Freidenker erwerben wird.

„Blockhaus an der Wolga.“ Roman von Max Barthel. Verlag „Der Freidenker“, Berlin SW 29, Gneisenaustraße 41. 247 Seiten Umfang. Holzfreies Papier. In Leinen gebunden 4 RM.

Der Verfasser hütet sich, in das billige Geschrei der Antibolschewisten einzufallen, er war ja selbst in jenen Jahren in Moskau, in Odessa, im Ural und in Smolensk. Er war ja selbst in Astrachan und in jenem Blockhaus, und was er nun in seinem Buche erzählt, ist letzten Endes das große Erlebnis vieler Millionen: die Erzählung von der glühenden Liebe zur russischen Revolution, ihr langsames und schmerzliches Erwachen in der Wirklichkeit. Barthel schildert in seinem Roman die russische Wirklichkeit, beschreibt die großen Feste, den Opfermut des Volkes, die Grausamkeit des Bürgerkrieges, die Schwierigkeit des Aufbaues, und zeigt an einigen Erlebnissen die unterirdische Arbeit der politischen Polizei. Alles in allem: ein menschliches Buch, ein Buch der Klarheit, kein Buch der Verklärung. Gerade jetzt tritt Sowjetrußland wieder einmal gewaltsam vor die Öffentlichkeit der Welt. Die Blutwelle der Erschütterungen, die das Land überschweben, die Auswanderung von vielen tausend deutschen Bauern von Sibirien nach Kanada, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu England, der berühmte Familienplan: all das interessiert uns und läßt uns wünschen, tiefere Einblicke in den Sowjetstaat zu gewinnen. Der Roman „Blockhaus an der Wolga“ von Max Barthel vermittelt neue Einblicke in das noch unbekannte Rußland.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.

„Die deutsche Mark von 1914 bis 1924.“ Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erscheinende Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen das in der neuen verbesserten Ausgabe 50 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 RM.